

NORDENSTADT-NACHRICHTEN

4. Jahrgang **Die SPD Nordenstadt informiert** Febr./März 1980

+++ Nachrichten ++++ Unterhaltung ++++ Meinungen ++++ Hintergründe +++

SPD als Helfer in der Not?

Interview mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden ACHIM EXNER zur kommunalpolitischen Situation: NORDENSTADT-NACHRICHTEN:

Die SPD hat der CDU geholfen, einen Oberbürgermeister zu wählen. Warum?

ACHIM EXNER:

Wir hätten natürlich lieber Rudi Schmitt als Oberbürgermeister behalten. Aber das Ergebnis der Kommunalwahl 77 hat der CDU das Recht gegeben, einen eigenen Mann für dieses Amt zu nennen: durch interne Streitigkeiten gelähmt, war sie aber bekanntlich dazu nicht fähig. Manfred Kanther bestand schon nicht die Vorauswahl und warf danach das Handtuch, Dr. Wimmer fiel im Parlament zweimal durch. In dieser Pattsituation drohte ein kommunalpolitisches Chaos, mit dem niemand geholfen gewesen wäre.

NORDENSTADT-NACHRICHTEN:

Und da ist die SPD als Nothelfer aufgetreten?

ACHIM EXNER:

Wenn Sie es so nennen wollen, ja. Allerdings unter zwei wesentlichen Voraussetzungen.

1. Aufgabe der teilweise abenteuerlichen Kommunalpolitik, eine Kursänderung zum Vorteil der Wiesbadener.
2. Benennung eines Oberbürgermeister-Kandidaten, der die Gewähr einer vertrauensvollen Zusammenarbeit bietet.

NORDENSTADT-NACHRICHTEN:

Was verstehen Sie unter Kursänderung? Welche Forderungen haben Sie gestellt?

ACHIM EXNER:

Ich nenne hier nur die wichtigsten: Fortsetzung der durch Stadtrat Jordan eingeleiteten Politik der Stadtentwicklung, Verzicht auf sozial nicht vertretbare Gebühren- und Mieterhöhungen, stabile Preise in den Hallen- und Freibädern und bei der beliebten Ferienkarte, mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau und die Modernisierungsmaßnahmen, kein Ausverkauf der preiswerten städtischen Wohnungen.



NORDENSTADT-NACHRICHTEN:

Zugegeben, mit diesen Forderungen wenden Sie Nachteile vom Bürger ab. Sie werden aber Bestandteile gemeinsamer Politik der nächsten Zukunft sein. Für den Wähler erscheint das Bild verwischt. Wie wollen Sie die sozialdemokratische Alternative für die Kommunalwahl 81 deutlich machen?

ACHIM EXNER:

Ich glaube, der Wähler hat schon erkannt, wer in Wiesbaden in der Lage ist, sich geschlossene Konzepte auszudenken, zu realisieren und vor allem sicher zu finanzieren. Die Übernahme sozialdemokratischer Positionen durch die CDU ist schließlich auch ein Erfolg richtig verstandener Oppositionspolitik. Allerdings, noch hat die CDU die absolute Mehrheit. Deshalb werden wir auch in Zukunft nicht alles verhindern können.

NORDENSTADT-NACHRICHTEN:

Wie das weitere Ansteigen des Defizits im städtischen Haushalt?

ACHIM EXNER:

Das ist ein besonders trauriges Kapitel. Von den 35 Mio. Rücklagen, die wir 1977 der derzeitigen Mehrheit übergeben haben, ist nichts mehr übrig. Und noch schlimmer: 1983 droht ein Defizit von 68 (!) Mio. DM. Leider ist die CDU nach wie vor nicht in der Lage, über ihren Schatten zu springen und das einzig richtige zu tun, um mittelfristig wieder für ein Gleichgewicht im Haushalt zu sorgen.

NORDENSTADT-NACHRICHTEN:

Und das wäre?

ACHIM EXNER:

Da eine weitere Belastung aller Bürger nicht vertretbar und teilweise auch gesetzlich nicht zulässig ist, wird man dem Kämmerer folgen und eine Maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer beschließen müssen.

Vor der Wahl traut sich die CDU dies allerdings nicht. Aber nach der Wahl wird es nicht mehr zu verhindern sein. Ich bin dafür, den Bürgern schon heute reinen Wein einzuschenken.

NORDENSTADT-NACHRICHTEN:

Herr Exner, wir bedanken uns.

Umweltkatastrophe oder militärische Notwendigkeit?

Umweltkatastrophe oder militärische Notwendigkeit
Einige nicht ganz unparteiische Überlegungen zum Thema: Hubschrauber in Erbenheim
Die Wehrhaftigkeit unseres demokratischen Staates gegen äußere Feinde - von vielen Seiten, insbesondere von der konservativen - zu einer (über)lebenswichtigen Frage erklärt, fordert mitunter ganz massive Opfer. Im Fall der geplanten Hubschrauberstationierung in Erbenheim wird dieses Opfer ganz konkret den Bürgern auch in Nordenstadt abverlangt. Dies ist die eine Seite der Medaille.

Heißt es aber nicht, die Opferbereitschaft zu überziehen und Verteidigungslasten räumlich zumindest sehr ungerecht zu verteilen, wenn in einem Ballungsgebiet, das durch industrielle Verdichtung und Verkehrsinfrastruktur ohnehin bis an die Grenzen des Erträglichen belastet ist auch noch lärm- und abgasträchtige, überschwere Hubschrauber ihre Kreise ziehen. Die Frage in dieser Form zu stellen, heißt natürlich, sie gleichzeitig zu beantworten.

Von 70 000 (in Worten: Siebzigtausend) Flugbewegungen pro Jahr ist die Rede. Das entspräche etwa dem Gesamtflugverkehr von und nach Berlin oder dem Betrieb auf dem Verkehrsflughafen Hannover. Diese "geballte" Ladung demonstriert nicht allen Verteidigungsbereitschaft und Sicherheit gegen äußere Feinde, sie birgt zugleich empfindliche Sicherheitsrisiken. Nicht nur im Hinblick auf den ohnehin mehr als stark beanspruchten Luftraum über dem Rhein-Main-Gebiet, sondern auch für das ökologisch sehr labile Gleichgewicht dieser Region. Ganz abgesehen von den sozialen Erosionserscheinungen, die den Nachbargemeinden des Flughafens zu erwarten sind. Welcher Eigenheimbesitzer möchte schon seine Dachantenne mit Warnleuchten schmücken und welcher Mieter

Flughafenbus

Es gab in der Vergangenheit schon mehrfach Initiativen den Flughafenbus, der von der Wiesbadener Innenstadt über Erbenheim zum Frankfurter Rhein-Main-Flughafen fährt, in Nordenstadt und Wallau halten zu lassen. Durch den Ortsbeirat wurde sogar eine Umfrageaktion gestartet mit dem Ergebnis, daß sich immerhin 15 Interessenten aus Nordenstadt gemeldet haben.

Daraufhin wurde von dem ESWE-Verkehrsbetrieben ausgerechnet, daß durch die Fahrtwegänderung 27.000 DM Mehrkosten entstehen. Somit sei eine Wirtschaftlichkeit nicht gegeben. Durch die Verlängerung der Reisezeit würde die Attraktivität weiter schrumpfen.

Kann man sich mit dieser Antwort zufrieden geben? Wir meinen nein!

Argument I:

Wenn man unterstellt, daß sich die 15 Interessenten in folgenden "Tarifgruppen" einstufen lassen, ergibt sich folgendes Bild für zu erwartende Mehreinnahmen:

D.h. unter Berücksichtigung der in den Fahrpreisen enthaltenen Mehrkosten ergibt sich eine leichte Überdeckung. Nicht berücksichtigt sind dabei mögliche Verkehrsteilnehmer aus Wallau, sowie die Gelegenheitsreisenden, welche sich mit Sicherheit bei Urlaubs- und Geschäftsflügen dem Bustransfer bedienen. Nicht eingeschlossen sind ebenfalls Flughafenbesucher.

5 Monatskarten á 90 DM für 11 Monate	=	4.950,--
5 Wochenkarten á 25,50 DM für 48 Wochen	=	6.120,--
5 Tageskarten hin- und Rückfahrt á 10 DM + 365 Tage	=	18.250,--
Summe der Mehreinnahmen:		<u>29.320,--</u>

mag schon den Rest seines Lebens mit Ohrenschützern in einem Lärmschutzwall hausen. Von Zuglern wird dann nicht mehr die Rede sein, vielmehr werden Abwanderungen in den umliegenden Gemeinden das Bild bestimmen. Zugegeben: die letzten Betrachtungen dienen nicht unbedingt einer Versachlichung der Diskussion in der Standortfrage. Aber: Das war auch nicht die Absicht.
E.S.

Argument II:

Die Reisezeit zwischen der Webergasse und dem Flughafen beträgt 40 Minuten. Eine Verlängerung um etwa 5 Minuten ist dabei unerheblich. Die wirtschaftliche Situation der Flughafenlinie ist nicht durch die Fahrzeit ungünstiger geworden, sondern durch den höheren Bekanntheitsgrad der Schnellbahnlinie S 14, welche von Wiesbaden-Hbf über Mainz, Flughafen nach Frankfurt fährt. (Fahrzeit der S 14 von Wiesbaden zum Flughafen ebenfalls 40 - 45 Minuten)

Es ist unbestritten, daß durch die Schnellbahn die Attraktivität des Busses gelitten hat und die Auslastung des Busses gering ist. Nur kann man nicht den alten Zeiten nachtrauern. Man muß sich neue, nicht erschlossene Verkehrsgebiete aussuchen, damit die Auslastung der Busse wieder steigt. Wir meinen es hat keinen Zweck sich weiter mit dem Thema theoretisch auseinanderzusetzen. Warum werden nicht für einen bestimmten Zeitraum Nordenstadt und Wallau probeweise angefahren. Wir meinen nicht nur betriebswirtschaftliche Gründe können für eine Entscheidung ausreichend sein, sondern auch volkswirtschaftliche. Abgesehen davon, hat der öffentliche Nahverkehr eine Beförderungsverpflichtung.

Wir meinen, daß der zukünftige Bedarf bei dem geplanten Wachstum Nordenstadts steigen wird auch eine zusätzliche Auslastung durch den geplanten Hotelneubau gegeben ist.

WW

Bayern kassiert von Hessen

Im vergangenen Jahr hat das Land Hessen insgesamt 791 Millionen Mark in den "Topf" des Länderfinanzausgleichs zahlen müssen, mit dessen Hilfe finanzschwachen Bundesländern geholfen wird. Nutznießer dieser Abgabe sind u.a. Bayern und Rheinland-Pfalz. Diese Abgabe ist doppelt so hoch wie der Etat des hessischen Sozialministers für das Jahr 1980.
W. Sp.

Ab 6. April Sommerzeit in der Bundesrepublik

Nachts um zwei werden die Uhren um eine Stunde vorgestellt

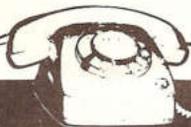
Für Witzbolde, die ihre Mitmenschen in den April schicken wollen, bietet sich in diesem Jahr der 6. April noch mehr an als der 1. - denn am Ostersonntag, nachts um zwei Uhr, werden in der Bundesrepublik alle Uhren um eine Stunde vorgestellt. Wie seit Jahren schon unsere westlichen und südlichen Nachbarn, so haben jetzt auch wir und unsere Landsleute in der DDR die sogenannte Sommerzeit. Und weil wohl nachts um zwei zu Ostern nur wach sein wird, wer wach sein muß (oder will), dürfte das Uhren-Vergleich-Spiel noch am ganzen Ostersonntag für Heiterkeit sorgen.

Dabei hat die (Wieder-) Einführung der Sommerzeit durchaus ernststen Hintergrund. Denn

durch das Vorstellen der Uhren um eine Stunde werden die „langen“ Sommertage sozusagen noch künstlich verlängert, wird Energie gespart. Man steht ohnehin auf, wenn es nicht mehr dunkel ist, und abends ist es, von der Uhrzeit her, eine Stunde länger hell. Daß die Bundesrepublik, im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten, erst jetzt in die Sommerzeit einsteigt, hat politische Gründe. Denn bisher war die DDR nicht bereit, bei sich auf Sommerzeit zu schalten. Die Bundesregierung wollte nicht, daß im Berlinverkehr und im Verkehr zwischen den beiden deutschen Staaten unterschiedliche Uhrzeiten und somit verwirrende Fahrpläne bestehen.

Außerdem hatten sich bisher auch die Staaten, die schon die Sommerzeit eingeführt hatten, nicht auf einen einheitlichen Zeitraum einigen können. Das ist jetzt anders: Wie bei uns und in der DDR werden auch bei unseren europäischen Nachbarn die Uhren am 6. April um eine Stunde vorgestellt (nicht alle zur gleichen Stunde, aber alle in derselben Nacht).

Und knapp sechs Monate später, am 28. September, wiederum einem Sonntag, kann man das Uhren-Vergleich-Spiel noch einmal betreiben: Dann werden nachts um drei Uhr (Sommerzeit) die Uhren wieder auf mitteleuropäische Zeit (MEZ) zurückgestellt - auf zwei Uhr.



Zeittakt ...

Nachdem es seit dem 16. Jan. 1980 den 8-Minuten-Takt gibt, tritt mit dem 1. April 1980 eine weitere wesentliche Änderung bei den Telefongebühren in Kraft. Wir wollen Sie hiermit übersichtlich über die neue Tarifgestaltung informieren.

Als **Nahgespräch** für Nordenstadt (Ortsnetz Hofheim-Wallau) gelten Gespräche mit folgenden Ortsnetzen:
Bad Soden a. Ts., Bischofsheim b. Rüsselsheim, Bodenheim Rhein, Budenheim b. Mainz,

Kleintierzucht und Geselligkeit

Seit seiner Gründung im Jahre 1907 ist der Nordenstadter Kleintierzuchtverein bemüht, die Zucht von Tauben, Hühnern und seit einigen Jahren auch von Kaninchen zu fördern. Regelmäßige Tierschauen auf lokaler und überregionaler Ebene bieten dem einzelnen Züchter wie auch dem Verein die Möglichkeit, eigene Tiere mit denen anderer Züchter zu vergleichen. Die Erfolge der Nordenstadter Kleintierzüchter bei derartigen Vergleichsschauen zeugen von dem hohen Zuchtniveau. So belegten sie bei der Kaninchen-Jungtierschau, die regelmäßig in Niedernausen stattfindet, dreimal den ersten Platz, einmal den zweiten und einmal den dritten Platz. Auch gelang bei der Geflügel-Jungtierschau in Delkenheim eine gute Placierung. Die Arbeit eines jugendlichen Geflügelzüchters des Vereins wurde schon wiederholt mit dem Landesjugendband belohnt. Bei all diesen spezifischen Aktivitäten kommt die gesellige Seite nicht zu kurz. Vereinsintern wird man sich zum Picknick treffen, ein Ausflug und eine Wanderung sind ebenfalls geplant. Darüberhinaus ist der Kleintierzuchtverein aber auch aus dem gesellschaftlichen Leben in Nordenstadt nicht mehr wegzudenken. Als Veranstalter läßt er zum Faschingsball und dem traditionellen Osterball aufspielen und er richtet turnusmäßig mit den anderen Vereinen die Kerb aus. Doch neben allen Aktivitäten stellt sich dem Verein eine neue Aufgabe: Um Mitgliedern und neuen Interessenten bessere Voraussetzungen für ihr Hobby zu bieten, ist nach Meinung des Vorsitzenden Winfried Schreiner eine Gemeinschaftszuchtanlage in Nordenstadt erforderlich. Die Realisierung dieses Ziels wird in Zukunft das Hauptanliegen des Vereins sein.

Anschrift für Interessenten:
Winfried Schreiner,
Tel.: 2389, Eschenstr. 7

Orts- und Nahgespräche Ferngespräch	8 Minuten	Gesprächsdauer für eine Geb.-Einheit= -,23 DM	
		montags bis freitags jeweils von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr	montags bis freitags jeweils von 0.00 Uhr bis 8.00 Uhr und von 18.00 Uhr bis 24.00 Uhr sowie an Samstagen, Sonntagen und an bundeseinheitlichen Feiertagen
20 - 50 km Entfernung	45 Sek.	67,5 Sek.	
50 - 100 km "	20 "	38 4/7 Sek.	
über 100 km "	12 "		12 Minuten

Eltville a. Rhein, Eppstein Taunus, Flörsheim am Main, Groß-Gerau, Hattersheim am Main, Hochheim am Main, Hofheim im Taunus, Idstein, Kelkheim Taunus, Kelsterbach, Königstein im Taunus, Kronberg im Taunus, Mainz, Mainz-Kastel, Niedernhausen Taunus, Rüsselsheim, Schlangenbad Taunus, Schwalbach im Taunus (nicht Bad Schwalbach!), Taunusstein, Trebur, Waldfelden, Wiesbaden.
Eine wesentlichste Änderung liegt dabei in der Abschaffung des

Mondscheintarifs, welcher zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr, sowie Samstag nachmittags und an Sonn- und Feiertagen gültig war. Hier bringt der neue Tarif bei Gesprächen ab einer Entfernung von 50 km in den genannten Zeiten fast eine Verdopplung der bisherigen Gebühren mit sich. Ein Trostpflaster hält die Post aber doch noch parat: Ab 01. April 1980 gibt es nämlich 20 freie Gebühreneinheiten (ohne Anhebung der Grundgebühren).
WW

Wer vom "Nassauer" spricht, meint einen Abstauber. Viele wissen dabei nicht, daß - der Nassauer selbst - daran völlig unschuldig ist.

Unser Frieder erzählt, wie's dazu kam, oder wie's dazu hätte kommen können.

Es gibt zwei Deutungen vom "Nassauer". Die aane erzählt von dene nassauische Studierende, die zu de Zeit vom Herzog Wilhelm von Nassau in Göttinge studierte. Die anner is e'Sprachentwicklung un kimmt aus dem althochdeutsche Wort, nassen (schnorren), oder nass, was bedeut, ohne Geld dastehe. Met dem Herzogtum Nassau (Hauptstadt Wiesbaden) hot des natürlich nichts zu tun. Zugegebbe, es is wahrscheinlicher fer die Herkunft des "Nassauers", aber zu nüchtern, als daß doraus e' Gschicht werd. Deshalb wende mer uns de erste Version zu. Zum Ausklang des 18. Jahrhunnerts un Beginn des 19. Jahrhunnerts, als Europa nach de Französische Revolution un mitte in de Napoleonische Krieche in Unruh un Unordnung war, bot Göttinge en Hort der Ruhe un der Freiheit der Wissenschafte. Es war beliebter Studieort der deutsche Stämme un der Europäer. In Hesse un besonders in Nassau, wo die Intelligenz immer schon was gegotte hot, half de Herzog von Nassau seine junge Leut, indem er se durch so e' Art Bafög unnerstützt hot. Zu dem Stipendium dazu gehörte auch en Freitisch in de Mensa. Das Mensaessen wurd vom Herzog Wilhelm monatlich an den Finanzminister von dere Universität im voraus bezahlt. Sei gscheite Unnertane, die um's Esse anstanne, brauchte dann nur noch beim Empfang, statt zu zahle, mit'em Kopp zu schüttle un zu sache: Nassauer! An de Essenausgab ließ mer se dann passiere un es konnt gegesse wern.

Natürlich habben de Vorder- un de Hinermann des schnell mitgekriecht. De Freitisch war rasch sehr begehrt. Selbst mit französischem Akzent gesproche, wollt doch bald jeder en Nassauer sein. De Rechnungshof kam mit de Monats pauschal nit mer klar. Geld kam vom Esse nit mehr in die Kass. Alle Studierende waren plötzlich Nassauer, den studiere macht hungriich un Intelligenz nit unbedingt reich. Herzog Wilhelm von Nassau bezahlte aber nach wie vor nur fer die Zahl seiner Landleut. Was blieb übrig, als Kontrolle einzuführe. Dobei wurde dann die Nassauer von dene "Nassauern" getrennt. Aber gutgemerkt, es warn die Annern. Später - vill später - wurde aus dene aane gute Hesse, un die annern sin bis zum heutiche Tach die Schnorrer geblibbe. Bis uff de heutiche Tach aber hot sich erhalte, daß manch Mutter vom e'Sohn zu de Mutter vom en annere Sohn - nach em Streit um e'Tauschgeschäft, bei dem sich alle zwei hinnerher beduppt vorkonne - sacht: Wenn Euer "Nassauer" des nochemol tut un zu unserm Nassauer "Nassauer" sacht, hau ich Euerm "Nassauer" so lang hinner die Ohrn, bis Euer "Nassauer" das nit mehr tut un zu unserm Nassauer nit mehr "Nassauer" sacht. Was sich natürlich nur gelesse versteht. Verstanne?
En Gute
Euer Frieder

Frieder



Bauboom in Nordenstadt.

"Nordenstadt wächst am stärksten" konnte man jüngst in einem Wiesbadener Anzeigenblättchen lesen. Diese Tendenz wird anhalten, wenn man nur zwei aus den Bebauungsplänen genehmigte Bauvorhaben herausgreift. "An der Horchheimer Wiese" und am "Igstadter Weg" - so die Bezeichnungen der vorliegenden Bebauungspläne - erwarten uns in nächster Zukunft insgesamt weitere 588 Wohneinheiten. Bei statistischen Berechnungen werden pro Wohneinheit 3 Personen zugrundegelegt, so daß wir mit 1764 "Neu-Nordenstadter-Bürgern" rechnen können. Unter den Bebauungsplan 2 (Horchheimer Wiese) fallen auch Schule

und Kindergarten sowie die vorgesehene Park- und Grünanlage mit Kinderspielplatz und Alten- und Ruheplatz an der Schule. Im Bebauungsplan 3 (Igstadter Weg/ sind vom Bauträger auf Grund vertraglicher Regelungen zwei Kleinkinderspielplätze auszubauen. Dieser zu erwartende Anstieg der Einwohnerzahl Nordenstadts macht eine Lösung der Verkehrsführung im Ortsbereich um so dringender. Ebenso ist es eine Bestätigung der Notwendigkeit des Ausbaus der Grundschule und des Baus einer zweiten Kindertagesstätte, da man kaum damit rechnen kann, daß nur kinderlose Familien nach Nordenstadt ziehen.

KK

Grundschule wie steht's?

Eltern fragen, wie geht's voran. Uns interessiert es auch. Wir haben die Grundschule Nordenstadt nicht aus den Augen verloren. Um dem Bürger ein Maß an die Hand zu geben, haben wir beim Hochbauamt den Stand und die Terminplanung des Erweiterungsbau's der Grundschule Nordenstadt abgefragt. Hier die Antwort:

Dem Bürger ein Maß an die Hand Stand der Ausführungsarbeiten - Grundschule Nordenstadt

Nachdem das Bauvorhaben durch die städtischen Körperschaften beschlossen worden war, wurde zügig mit den Bauvorbereitungen begonnen, so daß bereits im Dezember 79 die Baugenehmigung erteilt wurde. Parallel zum Baugenehmigungsverfahren hatte das Hochbauamt Ausführungsplanungen und Ausschreibungen erstellt und noch im gleichen Monat wurde der Auftrag an die Firma Elo erteilt und mit dem 1. Spatenstich, am 03.12.79, der Bau begonnen.

Die Firma Elo, die das Bauvorhaben schlüsselfertig ausführt, ist ansässig in Fulda und hat in dieser Region bereits eine Reihe größerer Schulbaumaßnahmen errichtet. Vor Auftragserteilung informierten sich Mitarbeiter des Stadtentwicklungsdezernates in Fulda über die Leistungsfähigkeit der Firma und die Sorgfalt in der Ausführung.

Die ausgeführten Bauten machten einen guten Eindruck, die Auskünfte von anderen Architekten über die Firma Elo waren positiv.

Aufgrund dieser Ergebnisse und der bisherigen Erfahrungen in Verhandlungen und Bauablauf ist zu erwarten, daß der Fertigstellungstermin für den 1. Bauabschnitt, am 20.08.80, eingehalten wird.

Nach Abschluß der Erdarbeiten wurde bereits mit der Fundamentierung begonnen. Die Fertigstellung des Rohbaus ist für Ende April vorgesehen. Fenster- und Fassadenarbeiten sollen Ende Juni abgeschlossen sein.

Von seiten der Firma Elo sind die Planungsarbeiten für die Haustechnik (Heizung, Lüftung, Sanitär, Stark- und Schwachstrom) abgeschlossen und die Arbeiten ausgeschrieben. Gemäß einer Vereinbarung mit dem Hochbauamt wird die Firma eine Reihe von Wiesbadener Firmen zur Angebotsabgabe auffordern.

Paul Hüllenhütter als SPD-Vorsitzender bestätigt.

Die Mitglieder der SPD-Nordenstadt wählten in der Jahreshauptversammlung 1980 Paul Hüllenhütter wieder zu ihrem Vorsitzenden. Hüllenhütter erreichte sein bestes Wahlergebnis seit seiner ersten Kandidatur zum Vorsitzenden im Jahr 1977. In dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes, der den Neuwahlen vorausging, hob der alte und neue Vorsitzende das Ergebnis der SPD bei den Europawahlen 1979 heraus. Zum ersten Mal wurde die SPD in allen Nordenstadter Wahlbezirken wieder stärkste Partei.

Den größten Teil der Vorstandsarbeit beanspruchte die Diskussion der Verkehrsführung. Zu diesem Zweck setzte sich die Partei mit allen Bürgerinitiativen und relevanten Gruppen an einen Tisch. Ergebnis der Diskussion war eine Alternative, die von allen Gesprächspartnern mitgetragen wurde.

Die SPD wird auch bei ihrer zukünftigen Arbeit eng mit den Bürgern zusammenarbeiten und das Gespräch suchen.

Erfreulich für die Nordenstadter SPD war der weitere Anstieg der Mitgliederzahl.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtverordnetenfraktion, Achim Exner, berichtete über das Ergebnis der Verhandlungen mit CDU und FDP, die durch die selbstverschuldete Handlungsunfähigkeit der CDU notwendig wurden.

Als gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende wurden Hans Peter Schröder neu gewählt und Wolfgang Spangenberg bestätigt. Die Schriftführer Harald Schindler und Werner Wahler, wie auch die Kassierer Emil Fritsch und Manfred Hasenjäger wurden in ihrem Amt bestätigt. Katrin Kiehne und Willi Schubert wurden als Beisitzer neu in den Vorstand gewählt, bestätigt wurden die bisherigen Beisitzer Ursula Deininger, Karl-Heinz Eischer, Dieter Schröfl und Rainer Giebel. Delegierte wurden Dr. S. Brill, R. Giebel, P. Hüllenhütter, K. Kiehne, H. Schindler, W. Schubert und W. Spangenberg. W. Sp.

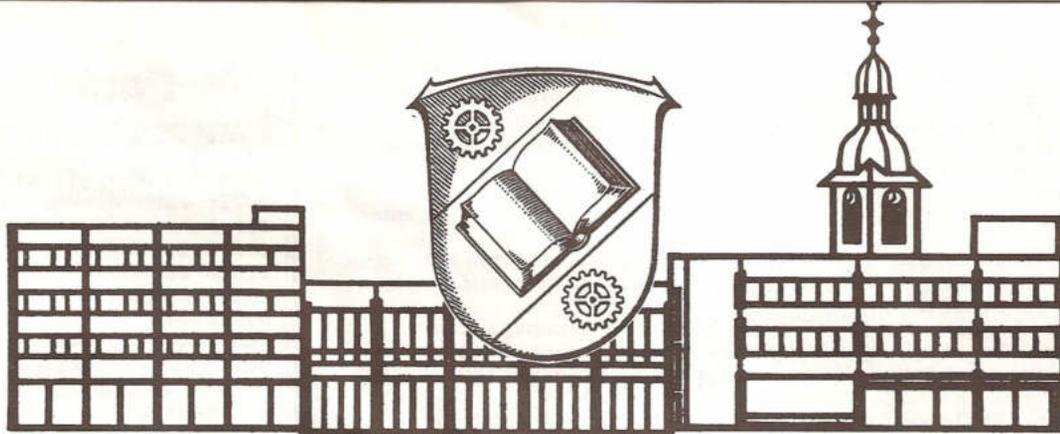
Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:

Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7

Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 26
H. P. Schröder, Habichtweg 9
W. Wahler, Pommernstraße 45

Layout und Graphik:

S. Schneider, Hessenring 38



NORDENSTADT-NACHRICHTEN

4. Jahrgang **Die SPD Nordenstadt informiert** April/Mai 1980

+++ Nachrichten +++++ Unterhaltung +++++ Meinungen +++++ Hintergründe +++

Die Ortsverwaltung Nordenstadt

Als die Glocken am 1. Januar 1977 das neue Jahr einläuteten, waren rund 20.000 Bürger aus dem "Ländchen" sozusagen mit einem Schlag Wiesbadener geworden.

Mit dem Gesetz der Neugliederung des Main-Taunus-Kreises und der Stadt Wiesbaden vom 26. Juni 1974 ist auch Nordenstadts Weg zum Stadtbezirk der Landeshauptstadt Wiesbaden ab 1.1.1977 festgelegt worden.

Am 9. März 1974 schloß Nordenstadts Bürgervertretung mit der Landeshauptstadt Wiesbaden den Eingliederungsvertrag ab. Dieser sichert für die Bürger Nordenstadts weiterhin eine bürgernahe Verwaltung. Nach wie vor bleibt die Gemeindeverwaltung, die nach der Eingliederung Ortsverwaltung heißt, in vielen wichtigen Fragen zuständig.

Die Zuständigkeiten wurden in langen Gesprächen ausgehandelt und in einer Anlage zum Eingliederungsvertrag festgelegt. Änderungen dieser Zuständigkeiten sind nur mit Zustimmung des Nordenstadter Ortsbeirats möglich.

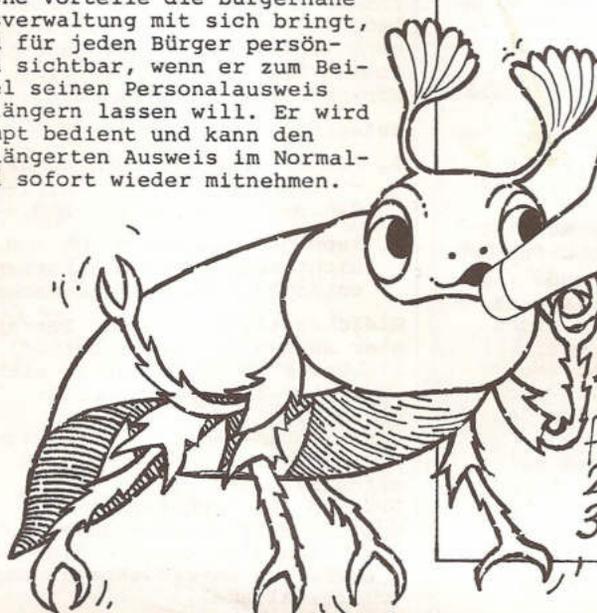
Welche Vorteile die bürgernahe Ortsverwaltung mit sich bringt, wird für jeden Bürger persönlich sichtbar, wenn er zum Beispiel seinen Personalausweis verlängern lassen will. Er wird prompt bedient und kann den verlängerten Ausweis im Normalfall sofort wieder mitnehmen.

Der Leiter der Ortsverwaltung, Herr Harald Schindler, ist Mittler zwischen den Bürgern, dem Ortsbeirat und der Zentralverwaltung. Er ist bemüht, den Bürgern bei ihren Rechten und Anliegen zu helfen, ob in direkter Zuständigkeit oder als Mittler zu den städtischen Körperschaften. Viele Bürger

holen sich deshalb sehr oft erst seinen Rat ein, bevor sie direkt an die städtischen Fachämter herantreten, was häufig zu Zeiteinsparungen und zur Vermeidung von Mißverständnissen beigetragen hat. Manchem konnte auch sofort geholfen werden. Sie können ihn direkt erreichen unter der Telefon-Nr.: 06122/13026.

In folgenden Fällen können Sie sich unmittelbar mit ihrem Anliegen an die Ortsverwaltung im Gemeindezentrum (Hessenring 46 - Tel. 06122 - 13026) wenden:

- In allen Angelegenheiten des Ortsbeirats;
- In allen standesamtlichen Angelegenheiten, bei der Anmeldung einer Geburt oder eines Sterbefalls, wenn der Personenstandsfall im Gebiet des Stadtbezirks Nordenstadt eingetreten ist. Das Standesamt der Ortsverwaltung nimmt Aufgebote entgegen und führt die Eheschließung durch, stellt die Urkunden aus und berät in allen anderen Fragen des Personenstandswesens. Sie können dort auch Urkunden von anderen Wiesbadener Standesämtern bestellen und abholen;
- In allen Friedhofs- und Bestattungsangelegenheiten;
- In Fragen der Lohnsteuerkarten und Änderungsanträge (Die Karten werden hier direkt ausgestellt und geändert, sofern nicht die Zuständigkeit des Finanzamtes gegeben ist);
- An-, Ab- und Ummeldung bei Wohnungswechsel (hier wird auch die Einwohnermeldekartei für Nordenstadt geführt);



**Einladung zum
Fahnenfest in der
Mai**

am Mittwoch
dem 30. April ab 20 Uhr
in der Taunushalle

**Tombola: 1. Preis: 1 Wochenendreise
für 2 Personen, nach Paris!**
2. Preis: 1 Präsentkorb.
3.-6. Preis: Je 1 Buch/Schallplattengutschein

W Ausstellung und Verlängerung von Bundespersonalausweisen; Anträge für Reisepässe, Kinderausweise und Führungszeugnisse; Anträge auf Ausstellung von Führerscheinen, von Aufenthaltsscheinigungen und von Untersuchungsberechtigungsscheinen im Rahmen des Jugendarbeitsschutzgesetzes; Annahme von Anträgen und Beratung in Sozialhilfefällen (hierzu zählen auch die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht und ähnliche Fälle); In allen Rentenversicherungsangelegenheiten - Aufnahme von Rentenansprüchen für die BfA und LVA und Hilfe bei den Anträgen auf Heil- bzw. Rehabilitationsverfahren; In allen Angelegenheiten, die mit den Wahlen zum Europaparlament, dem Bundestag, zum Landtag, zur Stadtverordnetenversammlung und zum Ortsbeirat zusammenhängen (hier werden auch Briefwahlunterlagen ausgestellt); Änderungsanzeigen für landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft; In Wohnungsangelegenheiten und bei Wohngeldfragen (Die Vermittlung von Wohnungen erfolgt zentral bei der Kommunalen Wohnungsvermittlung in den Verwaltungsgebäude Kurt-Schumacher-Ring 2-4, Tel. 06121 - 311); Ehrung bei Alters- und Ehejubiläen; Die Ortsverwaltung verwaltet auch die öffentlichen Einrichtungen (Gemeindezentrum, Taunus-Halle, Sport- und Freizeitanlage) und vergibt die Trainings- und Veranstaltungszeiten; Die Veranlagungskonten für Grund- und Gewerbesteuer und die Benutzungsgebühren für Straßenreinigung, Müllabfuhr und Kanalbenutzung werden noch bis zum Übergang auf die vollen Steuersätze Wiesbadens - dies ist voraussichtlich der 31.12.1981 - bei der Ortsverwaltung geführt; Polizeistundenverlängerungen und Tanzgenehmigungen werden von der Ortsverwaltung direkt erteilt; Gewerbean-, ab- und -ummeldungen werden hier unmittelbar bearbeitet; Beglaubigungen von Abschriften und Kopien sowie in bestimmten Fällen auch von Unterschriften nimmt die Ortsverwaltung ebenfalls vor. Der Ortsverwaltung sind angegliedert Büros des Ortsgerichtsvorstehers und des Schiedsmanns. Die Sprechstunden der Ortsverwaltung sind wie folgt festgelegt:

montags, mittwochs und freitags von 8.00 bis 12.00 Uhr
 dienstags (für Berufstätige) von 17.00 bis 19.00 Uhr

Mit Kindern ins Museum

Besuch in einem Museum? Gar mit Kindern? Das klingt für die meisten nicht gerade aufregend. Nicht ganz ohne Grund. Allzu lange war das Museum mit einem Hauch von Esoterik umgeben: ein Museumsentempel für einen kleinen Kreis von Eingeweihten.

Die "Museumspädagogik", die es noch gar nicht lange gibt, hat erkannt, daß es nicht reicht, die Tore des Museums zu öffnen. Man muß das Publikum ansprechen. Damit die dann, erstaunt vielleicht, entdecken: Museum kann unterhaltsam, belehrend und spannend zugleich sein.

Einen interessanten Versuch in dieser Richtung unternimmt das Wiesbadener Museum. An jedem ersten Sonntag im Monat findet eine Führung für Kinder von Grundschulalter an statt. Mit Erfolg - und auch mit Freude für die Erwachsenen.

Die Führungen beginnen um 10.30 Uhr. Sie dauern eine bis eineinhalb Stunden (das hängt von der Fragelust der Kinder ab). Bei jeder Führung kommt jeweils eine der drei Abteilungen zu Wort.

Die nächsten Termine:

- 4.5. "Amphibien- ungeliebte Lieblinge" naturwissenschaftliche Ausstellung
- 1.6. "Das Abenteuer, ein Bild zu entdecken" 6-10 jährige Kinder dürfen der Freilegung eines alten übermalten Bildes teilnehmen.
- 6.7. "Nassauische Altertümer" (Thema steht noch nicht fest)

S.Brill

Schulhofgestaltung kinderfreundlich?

Es mangelt an Laufflächen, da ein großer Teil des Hofes unterschiedlich erhöhte Ebenen aufweist, die nur durch Treppen zu erreichen sind. Der Pausenhof liegt vor und hinter der Schule, deshalb dürfte eine doppelte Pausenaufsicht notwendig sein. Das Spiel-, Pausen- und Freizeitangebot könnte noch verbessert werden. Die SPD hat beim Grünflächenamt ihre Bedenken vorgebracht und gebeten, bei der Überarbeitung Pädagogen und Eltern zu beteiligen. Unklarheiten gibt es noch hinsichtlich der verschiedenen Bauabschnitte. W.SP.

Nicht immer erlaubt, was als praktisch gilt.

Wie parken Sie in einer schmalen Straße, die beiderseits mit Autos bestanden ist? Vermutlich so, wie es die meisten machen: Mit zwei Rädern auf dem Gehweg. Das ist praktisch, rücksichtsvoll und vernünftig: Den Fußgängern bleibt (manchmal) Platz genug und den Automobilen, die durch die enge Gasse fahren, ebenfalls so viel, daß sie sich ohne Schwierigkeiten begegnen können. Man glaubt, daß jedem geholfen ist. Da irrt aber der so parkende Automobilist. Denn: "Soweit eine Mitbenutzung des Gehweges nicht durch Bodenmarkierungen oder Verkehrszeichen gestattet ist, dürfen Kraftfahrzeuge auch nicht mit nur zwei Rädern auf dem Gehweg geparkt werden." In der letzten Zeit konnte man in Nordenstadt eifrig notierende Polizeihostessen sehen, die sich nur den ruhenden Verkehr widmeten und so manchem Falschparker eine teure Lektion in Sachen StVO gaben. W. SP.

KM-Pauschale für Fahrgemeinschaften

Nach § 9 Abs. 1, Ziff. 4 EStG 1979, kann ein Arbeitnehmer für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte bei Benutzung eines eigenen KFZ DM 0,36 je Entfernungskilometer als Werbungskosten bei seinen Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit geltend machen.

Diese Handhabung ist bekannt und unstrittig. Wie ist sie aber auf Fahrgemeinschaften anzuwenden? Hierbei sind zwei verschiedene Formen von Fahrgemeinschaften zu unterscheiden:

1. Die Mitglieder der Gemeinschaft haben gemeinsam ein KFZ angeschafft und unterhalten es auch gemeinsam.
2. Jedes Mitglied der Gemeinschaft ist Eigentümer eines KFZ und befördert wechselseitig die Kollegen.

Zu 1) Die KM-Pauschale für den gemeinsamen Arbeitsweg wird auf die Mitglieder der Gemeinschaft aufgeteilt, wobei es den Arbeitnehmern überlassen bleibt, die Höhe des auf die einzelnen Arbeitnehmer entspr. Teils der Pauschale selbst zu bestimmen. Besteht in dieser Hinsicht keine Übereinstimmung, wird nach Köpfen (Zahl der Mitglieder) aufgeteilt.

Zu 2) Hierzu ist ein Urteil des Bundesfinanzhofes (höchstrichterliche Rechtsprechung) im Jahre 1975 ergangen. Dieses Urteil hat leitende Funktion. (Zum Nachlesen: BFH v. 24.01.75, Bundessteuerblatt Teil II, Seite 561).

Der Tenor dieses Urteils ist wie folgt zu deuten: Jedes Mitglied der Fahrgemeinschaft kann die KM-Pauschale für die einzelne Fahrt, die er mit seinem eigenen KFZ für die Gemeinschaft ausführt, geltend machen.

Beispiel:

- A. 60 Fahrten x 30KM x 0,36 = 648,-
- B. 70 Fahrten x 40KM x 0,36 = 1.008,-
- C. 80 Fahrten x 50KM x 0,36 = 1.440,-

Wird von den Mitgliedern eine Entschädigung zur Verrechnung bezahlt, so ist diese Entschädigung weder zusätzliche Werbungskosten noch steuerpflichtige Einkünfte der Gemeinschaft.

Beispiel:

- A. Fahrten für die Gemeinschaft - siehe oben - 648,-
Zahlung d. Gem. an A. 200,-
- A. kann die Zahlung v. DM 200,- nicht zusätzlich als Kostenentschädigung geltend machen.

Gleichzeitig ist dieser Betrag aber auch nicht als steuerpflichtige Einkünfte zu sehen, da es sich um eine Gefälligkeitsabrede handelt. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Bildung einer Fahrgemeinschaft aus steuerlichen Gründen nicht unbedingt zu empfehlen ist. Aus Gründen der Kostensenkung, was die Einsparung von Betriebskosten betrifft, allemal. W.G.

Schöneres Nordenstadt?

Bereits des öfteren haben wir unter diesem Fragezeichen häßliche Flecken unseres Stadtteils angeprangert: schon oft folgte bald eine Behebung des Mißstandes.

Diesmal ist es die ca. 100 m lange Fassade eines Fabrikgebäudes an der Erbenheimer Straße, die wir uns etwas schöner vorstellen könnten. Sicher ist es schwierig, mit Farbe an der zu meist aus Glas bestehenden Gebäudefront etwas zu verschönern. Aber wäre es nicht möglich, mit Fichten, Kastanien, Buchen oder Linden zur Auflockerung und damit zum freundlicheren Anblick beizutragen? Auch Kirsch- oder Apfelbäume wären eine Attraktion. Ganz abgesehen, daß in einer Jahreszeit wie der jetzigen der Blütenzauber uns allen gefallen könnte.

Ich bin sicher, daß es nicht immer großer Anträge in der Ortsverwaltung bedarf, um ein schöneres Nordenstadt zu erreichen.

Vielleicht sind auch die hier angesiedelten Unternehmungen daran interessiert? -KK-

Schneller u. bequem in die City

Ab 1. Juni wird auf der Strecke Wiesbaden-Nordenstadt-Delkenheim ein Versuch gestartet, der manchen Autofahrer veranlassen wird, sein Auto in der Garage zu lassen. Eine neue, noch schnellere Schnellbuslinie wird ab Juni erprobt. Die neue "Expressbus"-Linie wird der "Inter-city" unter allen Wiesbadener Buslinien sein. Die neue Linie 45 verbindet Delkenheim mit Wiesbaden und hält an den beiden Haltestellen der Hunsrückstrasse in Nordenstadt. Die Halbierung der jetzigen Fahrzeit von circa vierzehn Minuten von Nordenstadt in die City wird dadurch erreicht, daß der Bus in Nordenstadt auf die Autobahn fährt, Erbenheim auf der neuen Umgehung umfährt und erst wieder in der Berliner Strasse und am Langebeckplatz hält. Die ESWE gab bekannt, daß diese Linie nur Sitzplätze anbieten wird und voläufig ohne Aufpreis genutzt werden kann. Vorerst verkehren die Busse allerdings nur im Berufsverkehr: Im 20-Minuten-Takt von 6.30 bis 8.30 Uhr in Richtung Wiesbaden, nachmittags zwischen 15.30 und 18.30 Uhr in beiden Richtungen. Nicht ganz verständlich ist, warum die Linie nicht bis 19.10 Uhr betrieben wird, um Berufstätigen, die erst nach Ladenschluß um 18.30 Uhr den Bus benutzen können, eine schnelle Heimfahrt zu gewährleisten. W.SP.



Ein seltsamer Gast hält sich in München auf. Er klebt dort fest. Nichts treibt ihn raus. Wer ihn dort fesselt, versucht unser Frieder zu ergründen. Vielleicht sind's hochgestellte Persönlichkeiten. Vielleicht aber ist es nur das Verhalten

des Engels Aloisius, der immer noch im Hofbräuhaus bei seiner Maß sitzt und die bayerische Staatsregierung auf die göttliche Eingebung warten läßt. Vielleicht ist es eine Verquickung aller Umstände. Wir wissen's nicht. (Anm.d.R.)



Wer kennt ihn nicht den Zwiiesepist? Der Kinderreim sagt wie er ist:

Erzählst Du mir schon wieder Mist,
dann nenn' ich Dich 'nen Zwiiesepist.
Ein Zwiiesepist, ein Zwiiesepist,
ein Zwiiesepist bist Du!

Seit Krimhilds Zeiten schon geistert er durch deutsche Lande. Mal taucht er in Hamburg auf und mal in Bremen. Den Schwarzwald läßt er genauso wenig aus wie den Bodensee. Auf Stuttgart stürzt er sich und Frankfurt erreicht er mainaufwärts von Mainz. Die Art, wie er kommt, bestimmt auch sein Gehen. Mit einer Ausnahme allerdings: Beharrlich hält er sich in München.

Es muß da also eine oder mehrere Personen geben, die ihm dienlich sind. Franz Josef Strauß? Nein, der weiß, was er sagt, wenn er's auch hier so und dort wieder anders sagt. Nein - gelogen ist das nicht. Nur die Tatsachen ein bißchen verschwiegen und vielleicht die Argumente getönt. Aber deshalb - nein gerade deshalb ist er noch kein Zwiiesepist. Oder doch? Nein, ein texanischer Hilfssherif hat das Recht so etwas zu sagen: Südländer aller Länder vereinigt euch - auch dann, wenn das gar nicht geht - geographisch. Daß er an der Universität von Dallas wie Helmut Schmidt gesprochen hat, kann man ihm nicht vorwerfen. Was Stil ist, erkennt auch der Bayer. Nein! Trotz Kanzlerdarstellung wird Franz Josef Strauß nichts zum Zwiiesepist.

Wie? Die Sache mit der Wiederaufbereitungsanlage in Bayern? Sie verändert die Situation? Nein! Ich kann nur betonen: Franz Josef Strauß war schon immer für Kernkraftwerke, aber noch nie für eine Wiederaufbereitungsanlage in Bayern. Auch wieder nichts.

Wer hält ihn also fest den Zwiiesepist? Etwa der bayerische Innenminister Tandler? Nein - die Anweisungen an die Asylsuchenden waren klar. Verschwindet!

Edmund Stoiber? Oh! Ja?

Geschüttelt scheint er schon. Zu sagen, Nationalsozialisten waren auch Sozialisten, nur um eine gedankliche Gleichstellung zu erzielen, erfordert schon eine schöne Portion Unordnung. Mich wundert dabei nur, daß ihn die NPD nicht erschlagen hat. Die Äußerungen über einige Schriftsteller, sie hätten etwas mit Schmeißfliegen und so zu tun, war auch nicht ohne. Verdient hätte er ihn schon, den Zwiiesepist.

Es ist wie es ist; manche Leute stehen einfach daneben, wenn ein Ziegel vom Dach fällt. Nein! (?) Edmund Stoiber Gaga nicht?

Und trifft es ihn
trifft's auch Alpin.

Wohl gemerkt Alpin und nicht Idi Amin.

Und trifft's ihn heiß,
wird's gleich ein Kreis.

Der Freundeskreis der CSU. Man kann nur hoffen, daß sie in ihrem Gehege bleiben, damit sie draußen keinen Schaden anrichten.

Ein jeder stößt hinzu sogleich,
was einem gibt, macht alle reich.

Von Nu zu Nu gibt's plötzlich viele,
wo jeder mit dem einen Ziele,
daß nur von ihm zu sagen ist:
der hält ihn fest den Zwiiesepist.
Ein Zwiiesepist, ein Zwiiesepist,
ein Zwiiesepist bist Du.

Bis zum nächsten Mal
Ever Frieder

Frieder

2. Kindertagesstätte Rohbau fertig

Die zweite kommunale Kindertagesstätte, die zur Zeit neben dem Spielplatz oberhalb der Taunushalle entsteht, wird den Nordenstadter Kindern leider erst im späten Herbst zur Verfügung stehen.

Schon bald nach der Grundsteinlegung am 19. Dez. letzten Jahres hat der Wintereinbruch zur Aussetzung der Bauarbeiten geführt. Nach Aussage des Verantwortlichen Architekten, Herrn Lauth, hat aber diese Unterbrechung die Zeitplanung nicht allzu sehr durcheinander gebracht.

Unvorhergesehene Schwierigkeiten ergaben sich bei der Erstellung des kleinen Heizungskellers. Ursache: Das Grundwasser stand an dieser Stelle sehr hoch.

Ende April kann mit dem Abschluß der Maurer- und Betonarbeiten gerechnet werden, doch damit ist die Kindertagesstätte leider noch nicht bezugsfertig. K.-H.E.

Elterninitiative Verkehr

November 1978: Der Elternbeirat der Kindertagesstätte Nordenstadt ergreift zum ersten Mal die Initiative, den Zebrastrifen vor der Kindertagesstätte (über den Hessenring) mit Hinweisschildern auszustatten, die darauf hinweisen sollen, daß der Überweg hauptsächlich von Kinder benutzt wird.

Im April 1979 gibt es einen amtlichen negativen Bescheid: alle Fußübergänge in Wiesbaden hätten nach einer Überprüfung ergeben, daß sie ausreichend ausgestattet seien. Man könne auch im "Jahr des Kindes" da nicht mehr tun.

Juli 1979: Der Elternbeirat gibt nicht auf, er stellt nochmal einen Antrag; dies auch gerade deshalb, da kurz zuvor ein "Beinahe-Unfall" beobachtet wurde.

August 1979: nochmalige Ablehnung!

April 1980: immer noch keine Änderung.

Da nun "amtlicherseits" feststeht, daß alle Fußüberwege ausreichend beschildert sind, könnte man ja auch in Betracht ziehen, für den Hessenring insgesamt eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 KM zu fordern. Wenn man nur beobachtet, wie in dieser stark mit Kindern besiedelten Zone der Verkehr ständig zunimmt, sollte man - gerade auch nach dem Jahr des Kindes - nicht lange überlegen, sondern handeln.

Wir wollen hoffen, daß es nicht erst zu einem "echten" Unfall kommen muß, ehe es keine Schwierigkeiten mehr bereitet, ein paar Schilder aufzustellen. K.K.



Naherholungsgebiet Wickerbachtal

Der von der CDU-Fraktion eingebrachte und vom Ortsbeirat einstimmig am 04.07.1979 beschlossene Antrag, das Gebiet um den Wickerbach - in Nordenstadt besser bekannt unter Breckenheimer Bach - als Naherholungsgebiet auszuweisen, an Ort und Stelle einen Grillplatz zu errichten und Spielflächen bereitzustellen, läuft jetzt Gefahr, ins Wasser zu fallen.

Wie man hört, hat das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Bedenken angemeldet. Wildes Parken auf Ackerflächen ist zu befürchten. Ein Stück unbeschädete Natur soll erhalten bleiben. Gut. Aber wohin mit unserem Fleckchen Freizeit? Müssen wir unser Faß Bier weiterhin auf der Schubkarre bis ins Nerotal karren? Oder bleibt uns nur der Ausweg, einen Grillplatz wild in Selbsthilfe zu bauen und ihn anschließend im Sitzstreik rund um die Uhr zu verteidigen?

Bestimmt ist das Gebiet um den Wickerbach ein Rest unverplanter Natur, die erhalten bleiben muß. Bald stehen dort die letzten Bäume Nordenstadts und es finden sich nur noch dort Vogelbrutstätten. Vögel bauen halt ihre Nester gerne in Bäume.

Ich gestehe auch der Landwirtschaft gerne zusammenhängende Flächen zu, wäre aber auch nicht böse, wenn bald auf den Feldern - so am Saum, damit sie die Maschinen nicht stören - ein paar Bäume wachsen würden. Die Vögel und die Spaziergänger wären flexibler. Das Wasser würde zurückgehalten und die Verwüstung blieb unseren Enkeln erspart vom schöneren Anblick ganz zu schweigen.

- H.P.Sch. -

Mit Kind und Kegel...

Auch in diesem Jahr findet die traditionelle "Vaddertagswanderung" des Carneval- und Brauchtumsvereins statt. Am 15. Mai geht's wieder mit Kind, Kegel, Hund und Katz in die freie Natur.

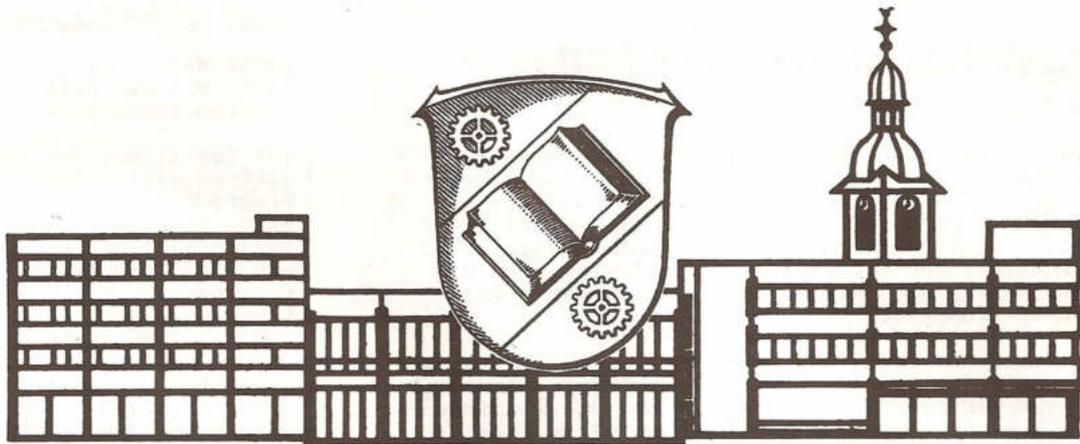
Wo und wie gewandert wird, stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Aber be-

stimmt lauern ein paar Überraschungen auf den Wanderer. Gibt's wie in den Vorjahren eine Rast am Grill, Spiele für Erwachsene und Kinder? Es bleibt spannend. Abmarschzeit und Einzelheiten der Tour werden rechtzeitig in der lokalen Presse vom CBVN bekannt gemacht.

H.P.Sch.



handelt. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Bildung einer Fahrge- nerschaft aus steuerlichen Gründen nicht unbedingt zu empfehlen ist. Aus Gründen der Kostensenkung, was die Einsparung von Betriebskosten betrifft, allemal. W.G.



NORDENSTADT-NACHRICHTEN

4. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert Juni/Juli 1980

+++ Nachrichten +++ Unterhaltung +++ Meinungen +++ Hintergründe +++

Nein! Herr Minister—so nicht!

Befürchtungen der Bürger Nordenstadts, der Wasserpreis könne auf Wiesbadener Niveau angehoben werden, haben neue Nahrung bekommen. Am 14. Juni brachte die Hessenschau im Nachrichtenteil folgende Meldung (Zitat):

"Für zahlreiche ehemaligen Vororte von Wiesbaden wird die Eingemeindung in die Landeshauptstadt teuer. Die Bewohner der eingemeindeten Vororte Auringen, Breckenheim, Delkenheim, Medenbach, Naurod und Nordenstadt sollen, wenn es nach dem Willen von Innenminister Gries geht, künftig für den Kubikmeter Trinkwasser 2 Mark 10 bezahlen. Das entspricht dem Preis im übrigen Stadtgebiet. Bisher beträgt der Wasserpreis in den Vororten zwischen 1 Mark 10 und 1 Mark 60."

Eine Erhöhung des Wasserpreises in diesem Ausmaß stellt für Nordenstadt eine grobe Verletzung der Eingemeindungsverträge dar. Diese Verträge aus dem Jahre 1974 sagen unmißverständlich, daß der Wasserpreis für Nordenstadt bis 1986 nur dann gehoben werden darf, wenn eine selbständige Gemeinde Nordenstadt dies hätte aufgrund gestiegener Kosten auch tun müssen, und zwar genau auf den neuzuberechnenden Wert.

Dieser Teil wurde von Innenminister Eckehardt Gries, geprüft und genehmigt. Wie ist es also möglich, daß der Herr Minister sechs Jahre danach und drei Jahre nach Inkrafttreten der Eingemeindungsverträge Passagen einfach in Frage stellt? Hat er das Wehklagen der Wiesbadener CDU erhört? Will er einer bankrotten Mehrheitsfraktion helfen den Konkurs zu verschleiern? Seine Berater haben ihm bestimmt schon längst gesagt, daß die Kosten für Trinkwasser im Stadtgebiet öffentlich rechtliche Gebühren sind und deshalb nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fallen. Was will er also, der Herr Minister? Einflußnehmen auf die Entscheidung der Ortsbeiräte und Stadtverordneten?

Das Gleichheitsprinzip ist im Fall Nordenstadts nicht anwendbar. Denn Nordenstadt wird über ein von Wiesbaden getrenntes Wassernetz gespeist und

ist sogar einem anderen Wasserbeschaffungsverband angeschlossen. Wiesbadener Wasser wird zum großen Teil aus dem Rhein gewonnen und ist wegen der schwierigen Aufbereitung teurer. Die Nordenstädter kommt die Wasserbeschaffung um die Hälfte billiger. Die Gebühr für einen Kubikmeter Trinkwasser im Stadtgebiet Wiesbadens gehört zu den höchsten in Hessen.

2 Mark 10 sind zuviel! Natürlich werden wir in Zukunft etwas mehr bezahlen müssen. Aber bitte im richtigen Verhältnis. Der Wasserverbrauch in Nordenstadt ist enorm gestiegen, eine Tatsache, die die Unkostenanteile pro Kubikmeter Trinkwasser niedrig hält. Hierzu einen Auszug aus dem Abschlußbericht eines Wirtschaftsunternehmens aus dem Jahre 1977 über die Wasserversorgung Nordenstadts:

"Der Rückgang der Verluste seit 1971 ist im wesentlichen auf die starke Zunahme der Erträge aus Wassergeld zurückzuführen: Bei einem seit 1971 unveränderten Wasserpreis (DM 1,-- zzgl. MwSt) stieg die mengenmäßige Wasserabgabe infolge der Ausweitung der Gemeinde um mehr als das Doppelte. Dadurch konnten die Kostensteigerungen, die sich vor allem im Bereich der Personalkosten und Abschreibungen ergaben, weitgehend aufgefangen werden. (Dieses trifft auch heute noch zu, da die Abnahmemengen immer noch stark steigt und sich die Kosten dadurch pro Kubikmeter senken, Anm. d. Red.) Der Verlust lag in 1976 bei 20 Pfennig je cbm."

Durch ein Schreiben der Stadtwerke Wiesbaden AG vom 10.3.1978 zur Wasserversorgung in Nordenstadt wurde bestätigt, daß der Wasserpreis im Jahr 1976, wie durch einen Wirtschaftsprüfer festgestellt, kostendeckend bei 1 DM 20 hätte liegen müssen.

Unter Berücksichtigung der gestiegenen Wasserbezugskosten kann man heute davon ausgehen, daß ein Wasserpreis von höchstens 1 DM 40 kostendeckend ist. Bei einer Wasserpreiserhöhung auf 2 Mark 10 würden Nordenstadts Bürger ca. 350 000 Mark jährlich auf Umwegen dem Staatsäckel zugute kommen lassen. Diese Sondersteuer von ca. 55 Mark pro Kopf und Jahr sind wir nicht gewillt zu zahlen.

Zu hoffen ist, daß der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung - unbeeinflusst von Eckehardt Gries - möglichst schnell hierzu einen für Nordenstadts Bürger vertretbaren Beschluß fast, damit die Unsicherheit ein Ende hat.

W.SP. & H.P.Sch.

Altpapiersammlung der Jugendfeuerwehr

Altpapier aufheben! Die Jugendfeuerwehr wird das Altpapier am Samstag, 5. Juli, ab 8.00 Uhr abholen. Bitte heben Sie Ihre alten Zeitungen auf und legen Sie diese gebündelt vor Ihre Haustür. Die Jugendfeuerwehr wird sie dort abholen und für den Abtransport sorgen. Bei Regenwetter bittet die Feuerwehr, die Papierbündel mit einer Plastikfolie gegen Nässe zu schützen. (U.Sch.)

Stop den Baulandpreisen

Ein Modell der Planungswertabschöpfung

In den bundesrepublikanischen Metropolen ist der akute Baulandnotstand ausgebrochen. Allein in den letzten vier Jahren ist der Index der Kaufwerte für Bauland um fast 100 Prozent gestiegen. Und nach Expertenmeinung spiegelt dieser Index die reale Entwicklung der Baulandpreise nur sehr unzureichend wieder. Welcher Bürger hat bei diesem Baulandkosten noch die Möglichkeit, den Wunsch nach den eigenen vier Wänden - auf einem angemessenen Grundstück - zu realisieren?

Von interessierter Seite ist in der Vergangenheit den Gemeinden wiederholt vorgeworfen worden, daß sie mit einer Politik des knappen Baulandes nicht unerheblich zur Steigerung der Preise auf diesem Markt beigetragen haben. Wenn dieses Argument auch eine gewisse Berechtigung nicht abzuspüren ist, so trifft es den Problemerkern der explosionsartigen Preissteigerung nicht. Dieser besteht vielmehr in einem Prozeß sich selbst erfüllender Käuferpreis-erwartungen, der auf Verkäuferseite jede denkbare Preis-anhebung durchsetzbar erscheinen läßt. Bei derartigen Markt-konstellationen führen Zusatz-angebote an Bauland nicht zu Preissenkungen, sondern entgegen allen Markt"gesetzen" zu immer neuen Preissteigerungen.

Wenn jedoch die "Marktordnung" auf dem Baulandmarkt in Verdichtungsgebieten "in Unordnung" geraten ist, sollte intensiv über Alternative Regelungsmechanismen nachgedacht werden. Dies meint nicht den Entwurf realitätsferner Utopien, sondern handfest die Nutzung aller gesetzlich bestehender Möglichkeiten zur Regulierung des Marktes insbesondere durch die Gemeinden.

Nach dem Städtebauförderungsgesetz, dessen erklärte Zielsetzung die Ausschaltung von Spekulation und Planungsgewinnen ist, besteht die Möglichkeit, für Entwicklungs-

maßnahmen in Betracht kommende Bereiche unter bestimmten Bedingungen als städtebauliche Entwicklungsbereiche festzulegen. Mit der Erklärung eines gemeindlichen Teilbereichs zum städtebaulichen Entwicklungsgebiet wird hier der Bodenmarkt gewissermaßen ausgesetzt. Die Gemeinde hat ein Vorkaufsrecht für alle Grundstücke in diesem Gebiet. Die zu zahlenden Preise orientieren sich am innerlandwirtschaftlichen Verkehrswert, dem sogenannten Gründlandpreis. In diesem sind Planungs- und Spekulationsgewinne nicht enthalten. Finanziert werden die Landkäufe und die notwendigen Erschließungsmaßnahmen der Gemeinde durch Kreditmittel des Bundes und des Landes und durch Eigenmittel der Kommune. Nach Abschluß der entsprechenden Entwicklungsmaßnahmen ist die Gemeinde verpflichtet, die Grundstücke, die sie erworben hat, mit Ausnahme der Flächen für Verkehrs-, Versorgungs- und sonstige Gemeindebedarfszwecke wieder zu veräußern. Der Verkaufswert orientiert sich am Kaufpreis, erhöht um die entsprechenden Infrastrukturan-teile.

Das Modell zeigt, daß die Baulandspekulation im Einzugsbereich großer Städte grundsätzlich durchaus wirkungsvoll bekämpft werden kann. Fraglich bleibt, ob dies als eine realistische Möglichkeit für Nordenstadt angesehen werden kann. Dies werden die zuständigen Gremien in Zukunft zu überdenken haben.

Erwin Südfeld

Vom Himmel gefallen und verputzt

Im Jahr 1977 flossen in die Stadtkasse etliche Millionen Mark, mit denen vorher niemand gerechnet hatte.

Das zweite Deutsche Fernsehen wurde von den Finanzgerichten - aufgrund seines Werbefernsehens - zur Zahlung von Gewerbesteuer verdonnert. Der nachzutrichtende Betrag, der nach Anteilen der Lohnsumme an die Städte Mainz und Wiesbaden zu zahlen war, wurde zwischen Mainz und Wiesbaden verhandelt. Man schätzt die Summe, die 1977 in die Wiesbadener Stadtkasse floß auf mehr als 25 Millionen Mark.

Etwa zur selben Zeit fielen weitere Millionen vom Himmel. Die Deutsche Pfandbrief, die bis 1975 von der Gewerbesteuerpflicht entbunden war, mußte - aufgrund

einer Änderung des Gewerbesteuer-gesetzes für 1976 und 1977 nachbezahlen. Schätzungsweise weitere 11 Millionen Mark.

Dies waren eigentlich gute Voraussetzungen zum Start der neuen Wiesbadener Parlamentsmehrheit - bedenkt man, daß diese gewerbesteuerpflichtige Einrichtungen nun jedes Jahr Gewerbesteuer an die Stadtkassen zahlen würden. So garantiert ein gesichertes Gewerbesteuereinkommen von 2 Millionen Mark pro Jahr eine gesicherte Finanzierung einer Investition von 20 Millionen Mark.

Vom Himmel gefallen; aber wo sind sie geblieben - die Millionen? Verputzt? 'H.P.Sch.

VIEL SPASS MIT DEM KINDERFERIENPASS !

Jetzt dauert es nicht mehr lange und die heiß herbeigesehnten Sommerferien sind da.

Zur Gestaltung der Ferienzeit gibt es dieses Jahr wieder ein Programm des Jugendamtes der Stadt Wiesbaden: den Kinderferienpaß. Darunter versteht man ein "Scheckheft" mit Gutscheinen zum Besuch von Schwimmbädern (einschl. Busfahrt), Besichtigungen, Kurse, wo man weben oder malen oder basteln kann und vieles andere mehr. Außerdem werden Ausflüge unternommen und besondere Veranstaltungen organisiert. Welche das sind, steht in dem Heft!

Wer Interesse hat, der kann den Kinderferienpaß zum Preis von 15 Mark voraussichtlich ab 23. Juni 1980 (der genaue Termin steht in der örtl. Presse) bei den Zweigstellen der Nass. Sparkasse und der Wiesbadener Volksbank kaufen. Die Zusatzkarten für die besonderen Veranstaltungen kosten zwischen zwei und fünf Mark und sind nach Altersstufen geteilt. Der Kinderferienpaß gilt in der Zeit vom 1. Juli bis zum 20. August 1980. Übrigens: Auch beim Schloßparkfest ab 28. Juni 1980 sind die Kinderferienpässe zu haben.

A.S.

Der Rad-Service

Zwischen dem 1. April und dem 31. Oktober bietet die Deutsche Bundesbahn "das Fahrrad am Bahnhof" an.

An den Fahrradbahnhöfen in Hessen, wie Bad Hersfeld, Bad König, Bensheim, Limburg, Wächtersbach, kann man für 8 Mark ein Rad leihen. Wenn Sie mit der Bahn anreisen, beträgt der Preis sogar nur 4 Mark. Schreiben Sie dem "Fahrradbahnhof" eine Karte oder rufen Sie an und teilen Sie mit, wann und wieviele und welche Fahrräder Sie benötigen. Bei Gruppen gibt es Beschränkungen.

Einige Tourenvorschläge:

Mit dem Zug von Igstadt nach Limburg. Von da aus per Rad entlang der Lahn nach Mühlen-Runkel-Dietkirchen und zurück auf dem Lahnweg nach Limburg.

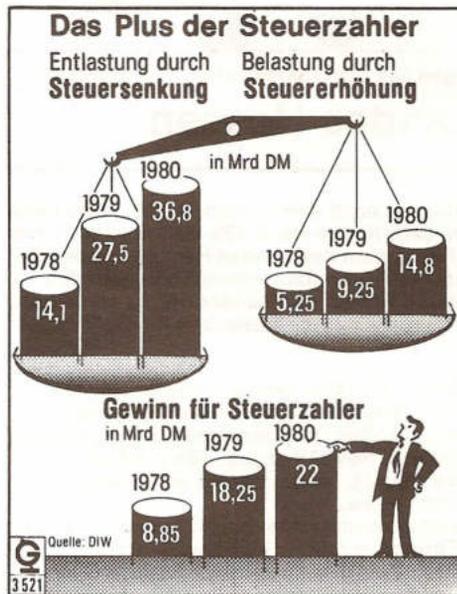
Wollen Sie den Odenwald kennenlernen? Dann fahren Sie erst mit der Bahn bis Bad König, steigen dort um aufs Fahrrad und strampeln nach Zell-Steinbach (Schloß Fürstenau, Einhardsbasilika) zurück über Michelstadt nach Bad König. Wie gesagt, das Fahrrad können Sie bei der Deutschen Bundesbahn leihen.

Radwanderungen für Profis und solche, die es werden wollen, bietet auch das Deutsche Jugendherbergswerk an. Da gibt es vier bis zehntägige Touren durch Hessen, Anfragen an das DHJ, Postfach 220, 4930 Detmold. E.Sp.

"Die Seite des Wahlkämpfers"

STEUERENTLASTUNGSGESETZ 1981: STEUERERLEICHTERUNGEN 1981/82 FÜR DIE BÜRGER IN HÖHE VON 17,5 MILLIARDEN D-MARK

Ab 1. Januar 1981 soll die steuerliche Proportionalzone verlängert, die Progression für Einkommen am Beginn der Progressionszone des Lohn- und Einkommensteuertarifs abgesenkt werden. Neben diesem Schwerpunkt des Steuerentlastungsgesetzes 1981 der sozial-liberalen Koalition, dessen Entwurf der federführende Finanzausschuß - mit wenigen geringfügigen Änderungen gegenüber der ursprünglichen Vorlage - gebilligt hat, ist Kernstück des familienpolitischen Teils im neuen Steuerpaket: Die Einführung des Kindergrundfreibetrags mit etwa sieben Milliarden Mark Gesamtumfang.



Im einzelnen wird u. a. folgendes neu geregelt:

- o Maßnahmen zur Milderung der Progression bei der Einkommen- und Lohnsteuer
 - Änderungen des Einkommensteuertarifs ab 1. Januar 1981 mit folgenden Elementen:
Die Proportionalzone wird von 16 000 Mark auf 18 000 Mark für Ledige und von 32 000 Mark auf 36 000 Mark für Verheiratete verlängert.
Die progressiv ansteigenden Grenzsteuersätze des Einkommensteuertarifs werden bis zu Einkommen von 60 000 Mark für Ledige und 120 000 Mark für Verheiratete abgesenkt.
Der allgemeine Tariffreibetrag in Höhe von 510 Mark für Ledige und 1 020 Mark für Verheiratete wird in den allgemeinen Grundfreibetrag eingearbeitet.
 - Der Weihnachtsfreibetrag für Arbeitnehmer wird von 400 Mark auf 600 Mark ab 1980 angehoben.
 - Die Sonderausgaben-Höchstbeträge werden ab 1. Januar 1982 um 240 Mark für Le-

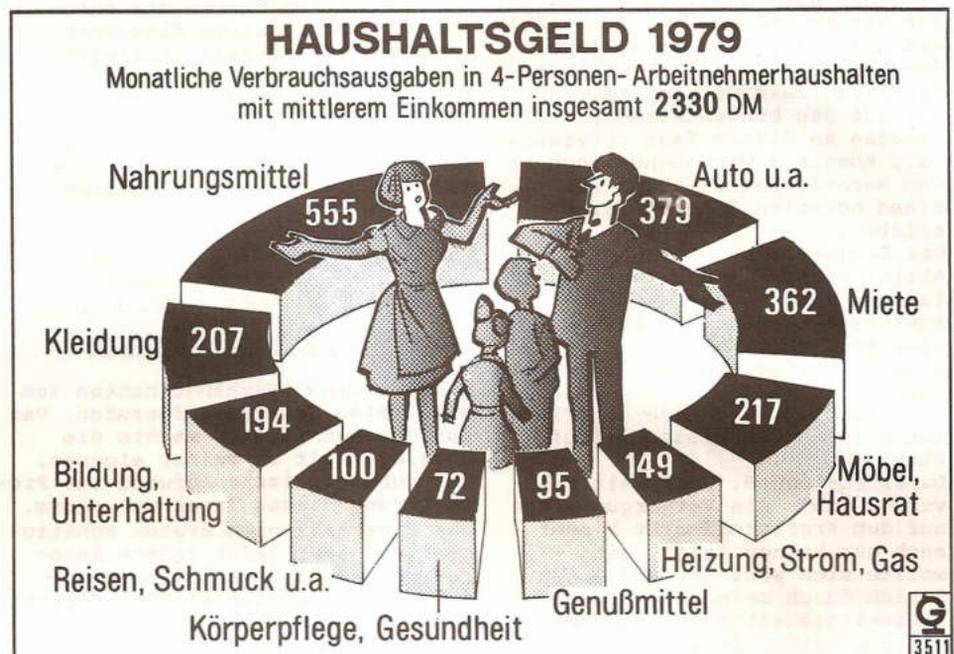
dige und um 480 Mark für Verheiratete auf 2 340/4680 Mark erhöht.
- Der Vorwegabzugsbetrag für Sonderausgaben wird ab 1. Januar 1982 um 500 Mark für Ledige und 1 000 Mark für Verheiratete angehoben.

- o Familienpolitische Maßnahmen
 - Ein steuerlicher Kindergrundfreibetrag für jedes Kind in Höhe von 1 600 Mark (pro Elternteil in Höhe von 800 Mark), der sich mit 22 v.H. = 352 Mark (176 Mark) steuermindernd auswirkt, wird zum 1. Januar 1981 eingeführt.
 - Der Abzugsbetrag für Kinderbetreuungskosten wird ab 1. Januar 1981 abgeschafft.
 - Der Haushaltsfreibetrag für Alleinstehende mit Kindern wird ab 1. Januar 1981 von 3 000 Mark auf 4 212 Mark erhöht.
 - Zusätzliche kinderbezogene Leistungen in Bereichen des Arbeitsförderungsgesetzes, Bundesversorgungsgesetzes, Unterhaltungsversicherungsgesetzes und im Sozialversicherungsbereich ab 1. Januar 1981.

Da der steuerliche Kindergrundfreibetrag bestimmten Personengruppen nicht zugute kommt, da sie kein steuerpflichtiges Einkommen haben, wird ihnen ein Kinderausgleichsbetrag von monatlich 30 Mark je Kind gezahlt. Zu diesen Personen gehören vor allem Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Unterhaltsgeld, von Renten der gesetzlichen Rentenversicherung sowie Schwerbeschädigte im Sinne des Bundesversorgungsgesetzes mit Anspruch auf Ausgleichsrente, schwerbeschädigte Unfallrent-

ner und Empfänger von Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz. Rentnern der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung wird der Kinderausgleichsbetrag nur für das dritte und weitere Kinder gezahlt. Erste und zweite Kinder wurden nicht einbezogen, weil die Kinderzuschüsse der Rentenversicherung bzw. die Kinderzulage der Unfallversicherung für diese Kinder bereits deutlich höher sind, als die entsprechenden Kindergelder nach den Kindergeldgesetz zuzüglich Kinderausgleichsbetrag.
- Einführung eines Kindergeldzuschlags von 300 Mark in den ersten sechs Monaten nach der Geburt eines Kindes ab 1. Januar 1982. Der Aufwand, der mit der Betreuung eines Kindes unmittelbar nach der Geburt verbunden ist, ist besonders hoch. Diese Belastung soll durch den Zuschlag gemildert werden. Er wird allen Eltern gezahlt, unabhängig davon, ob der Berechtigte wegen der Betreuung des Kindes auf die Erwerbstätigkeit ganz oder teilweise verzichtet oder nicht.

- o Sonstige Steuererleichterungen
Übernahme der ertragsteuerlich zulässigen Werte für Pensionsrückstellungen bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens ab 1. Januar 1981.
Die bisherigen steuerpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung haben bewirkt, daß die volkswirtschaftliche Steuerquote seit langem im wesentlichen unverändert geblieben ist. So sind zum Beispiel erst zu Jahresanfang nach dem Steueränderungsgesetz 1979 Steuerentlastungen mit einem Gesamtumfang von 5 Milliarden Mark in Kraft getreten.



DIE HESSEN-SEITE

Auf einen Blick

Veränderungen im SPD-Fraktionsvorstand

Die SPD-Landtagsfraktion wählte den Michelstädter Abgeordneten Günter Zabel zu einem ihrer drei stellvertretenden Vorsitzenden.

Zabel war einziger Kandidat für dieses Amt, das frei war, nachdem Horst Winterstein als einer der seitherigen Stellvertreter zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden war. Ebenfalls in den Fraktionsvorstand gewählt wurde der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, der Frankfurter Abgeordnete Hartmut Holzapfel. Horst Winterstein hatte dafür plädiert, für Holzapfel einen zusätzlichen Beisitzerplatz zu schaffen, um das Gewicht der Schul- und Kulturpolitik im Leitungsgremium der Fraktion ihrer Bedeutung entsprechend zu verstärken. Aufgrund eines Fraktionsbeschlusses, nach dem der Vorsitzende und seine Stellvertreter nicht gleichzeitig einem Arbeitskreis vorstehen können, trat Günter Zabel von seinem Amt als sozialpolitischer Sprecher zurück. Die SPD-Parlamentarier wählten in dieses Amt die Heusenstammer Abgeordnete und seitherige stellvertretende Arbeitskreisvorsitzende Dr. Haidi Streletz.

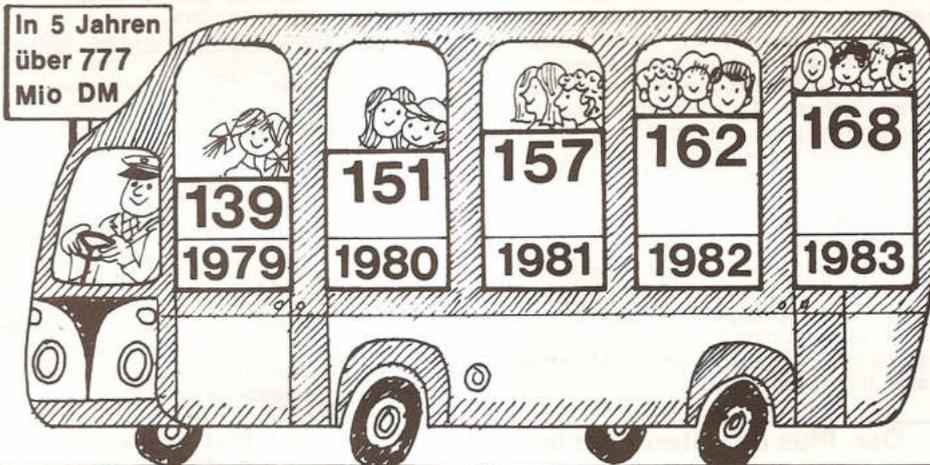
Ein starkes Interesse am autofreien Sonntag hat innerhalb unserer Redaktion zu einer Sonderheit geführt. Gleich drei Autoren haben Beiträge zu diesem Thema abgeliefert. Es sind dies Karl-Heinz Eischler (K.H.E.), Erwin Südfeld (E.S.) und Hans Peter Schröder (H.P.Sch.). Einmal zu zeigen, wie jeder ein und dasselbe Ereignis aus seiner Sicht sieht und darstellt, fanden wir wert Ihnen vorzustellen.
(Anm.d.Red.)

8. Juni - Autofreier Sonntag?

Sicher war der 8. Juni nicht der Tag, der nach der Vorstellung der für Natur- und Umweltschutz tätigen Organisationen symbolisch den Willen zu energiebewußterem Verhalten bekunden sollte. Wer auf den bundesdeutschen Straßen an diesem Tage unterwegs war, konnte - wie abends auch in den Nachrichten zu hören war - einen normalen Sonntagsverkehr erleben. Der Gedanke, der hinter der Aktion stand, kann eigentlich so falsch nicht gewesen sein, denn Energieverknappung, Lärm und Abgase rechtfertigen wohl nicht nur eine einmalige sonntägliche Denkpause. Doch warum folgten die motorisierten Mitmenschen diesem Aufruf kaum? Da es für den 8. Juni kein Fahrverbot gab - die Versorgungslage auf dem Kraftstoffmarkt bietet auch gar keinen Anlaß dafür - wollte sich wohl niemand einen Strich durch seine individuelle Freizeitgestaltung machen lassen. Wer nun denkt, daraus auf fehlendes Energiebewußtsein schließen

Kosten der Schülerbeförderung

in Millionen DM *)



* Lt. Finanzplan des Landes einschl. der Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich.

Ausgaben des Landes Hessen

Für die Schülerbeförderung werden vom Land Hessen nach dem Haushaltsplan 1980 rund 151 Millionen Mark ausgegeben. Im vergangenen Jahr hatten dafür 139 Millionen Mark zur Verfügung gestanden. Nach dem mittelfristigen Finanzplan des Landes Hessen werden die Ausgaben für die Schülerbeförderung unter Einschluß der entsprechenden Leistungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs im Jahr 1983 auf 168 Millionen Mark ansteigen. Dies bedeutet in den fünf Jahren von 1979 bis 1983 vorgesehene Ausgaben für die Schülerbeförderung in Höhe von 777 Millionen Mark.

zu können, urteilt mit Sicherheit voreilig. Energiebewußtsein zeigt sich ja auch dort, wo Autofahrer auf ein kleineres Fahrzeug umsteigen, das Auto nicht mehr für jede Kurzstrecke benutzen, und es an einzelnen Tagen ganz stehen lassen. Steigende Benzinpreise scheinen hier überzeugender auf das Fahrverhalten einzuwirken als Appelle an die Vernunft und symbolische Aktionstage. Dies leider auch mit der Konsequenz, daß erhöhte Kraftstoffkosten wahrscheinlich zuerst die Autofahrer mit niedrigem Einkommen zu einem veränderten Freizeitfahrverhalten zwingen würden. Die unbedingt erforderlichen Fahrten mit dem PKW zur Arbeitsstätte sollten durch eine Erhöhung der Kilometerpauschale trotzdem erschwinglich bleiben, denn auf Strecken, für die der öffentliche Nahverkehr keine Alternative darstellt, hat das Transportmittel Auto durchaus seine Berechtigung. K.-H.E.

VON WEGEN AUTOFREIER SONNTAG

Mehrere Umweltverbände hatten zum autofreien Sonntag aufgerufen. Der Bundesinnenminister machte die Angelegenheit zu seiner eigenen. Der publizistische Aufwand zur Propagierung dieses Tages war enorm. Das Ergebnis: nach ersten Schätzungen ließ etwa jeder zehnte Autofahrer seinen Wagen zu Hause stehen und bewegte sich an diesem 8. Juni - wenn überhaupt - per Fahrrad oder auf Schusters Rappen. Das war's.

Wenn dieses bescheidene Ergebnis Ausdruck des Umweltbewußtseins der bundesrepublikanischen Bevölkerung ist, kann es damit wohl nicht allzuweit her sein. Konsequenz: Es bedarf noch vieler "autofreier" Sonntage, um in der Bevölkerung das Bewußtsein absolut begrenzter Ressourcen zu stärken. Im übrigen: In Zukunft werden die steigenden Benzinpreise der entscheidende Faktor der Bewußtseinsbildung sein. Wohl - an denn: die nächste Preiserhöhung kommt bestimmt. E.S.

Autofreier Sonntag ging an Nordenstadt vorbei!

Der 8. Juni war auf der A 66 ein Sonntag wie jeder andere. Für's Normalverbraucherauge gab es keinen Unterschied festzustellen. Die Statistiker hatten am Abend gemeldet, daß im Rhein-Main-Gebiet minimal geringerer Verkehr als sonst zu verzeichnen war. Der Bahn-Fahrrad-Service der Deutschen Bundesbahn wurde nur schwach angenommen - von 12 Plätzen blieben 11 leer. Sonderzüge mußten ungenutzt stehen bleiben. Was in Nordenstadt auffiel: es waren viele Spaziergänger und Fahrradfahrer unterwegs. Kam es zu Begegnungen mit Autos, so wurde den Fahrern - trotz aller Freiwilligkeit des autofreien Sonntags - ein tadelnder Blick zugeworfen. Und so manchen traf er mitten ins Gewissen. - H.P.Sch. -

Kommunalwahl 1981:

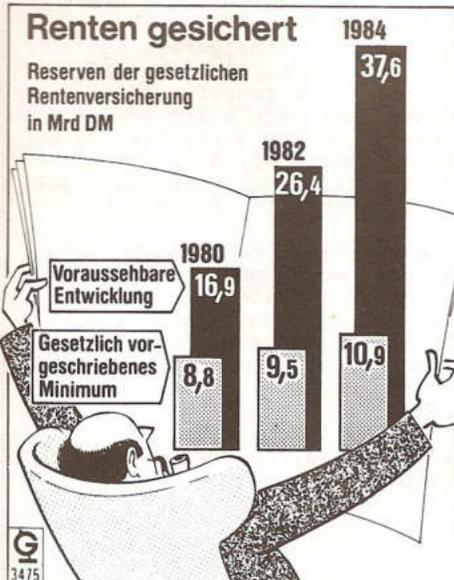
Kandidatenwahl der SPD für den Ortsbeirat

In einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung trafen die Nordenstadter Sozialdemokraten im Mai wichtige personelle Entscheidungen für die im nächsten Jahr anstehende Kommunalwahl. Nahezu einstimmig wählte die Mitgliederversammlung den SPD-Vorsitzenden Paul Hüllenhütter zum Spitzenkandidaten. Auf den weiteren Plätzen für den Ortsbeirat folgen:

Dr. Siegfried Brill, Elke Spiekermann, Horst Lottig, Hans Peter Schröder, Werner Wahler, Willi Niehage, Willi Schubert, Stefanie Nowak, Willi Schumacher, Ernst Rietze, Günter Busse, Alfred Eller, Gabriele Wahler, Bodo Heimbächer, Dr. Dieter Deininger, Udo Schumacher, Eva Manz, Willi Hess und Ursula Deininger.

Die anschließende Programmdiskussion für die Wahlaussage zur Kommunalwahl 81 war hauptsächlich von zwei Punkten geprägt: Wohnen und Freizeit.

Zum Thema "Wohnen" und Wohnumfeld wurden Vorschläge zur Förderung der Infrastruktur (mehr Einkaufsmöglichkeiten, weitere Ärzte), zur Verkehrsberuhigung im Ortsbereich unter aktiver Mitwirkung der Bürger, zur Erhaltung des alten Ortskerns und zur Verschönerung des Ortsbildes gemacht. Fließend ist der Übergang zum Thema "Freizeit", da beide Programmpunkte voneinander untrennbar sind. Man sprach sich für die Schaffung weiterer Grünbereiche, bzw. für die Begrünung des vor Jahren dafür ausgewiesenen Gebietes am Gemeindezentrum aus, für die sofortige Erweiterung der Sportanlage zu einer Freizeitanlage und einer Einrichtung für die Freizeitgestaltung der Jugendlichen. Ein Grundsatz sozialdemokratischer Politik für Nordenstadt soll auch weiterhin beibehalten bzw. noch mehr ausgebaut werden: Frühzeitige Information des Bürgers, das Gespräch mit dem Bürger und das Eintreten für die Interessen der Bürger, auch wenn es sich um Minderheiten handelt. W.Sp.



Liebe geht durch den Magen, weil sie mit dem Mund aufgenommen wird; aber auch mit den Augen und der Nase. Im Mahl ist sie bereits vorhanden, wenn sie bei der Zubereitung mit viel Hingabe hineinsteckt wurde.

Die Liebe zur Sache ist das Wichtigste, was man ihr antun kann. Wir bringen sie bei jeder Ausgabe unserer NORDENSTADT-NACHRICHTEN mit ein. Aber genauso gehört sie zu jedem Rezept. Die Liebe zur Sache sollte deshalb unter den Zutaten immer an erster Stelle stehen. (Anm.d.Red.)

Vom Sauerteig zum Roggenbrot

Brotbacke ist eß Zusammewirke zwische dem Kleber - em quellfähische Eiweiß - de Stärk unn Wasser. Im letztere liegt de Verdienst des Bäckers. Im Teisch übernimmt de Kleber des Wasser. Während des Backvorgangs gerinnt des Eiweiß, dobei gibt es des Wasser an die Stärk im Mehl ab.

Roggemehl verhält sich anners als Weizemehl. Während vom Weizemehl des Wasser sofort uffgenomme wern kann, muß de Kleber im Roggeteisch erst zur Wasseruffnahme angereicht wern. Des geschieht dorch de Sauerteisch un de Vorteisch. Die Säure schließt die Kleber uff, sorscht abber aach für de kräftige würzische Geschmack. En gutgeführte Sauerteisch is deshalb des Wichtigste beim Brotbacke.

Zur Sach: Drei Taach vorm Backtaach setze mer en Sauerteisch an. Do zu nimmt mer en halbe Liter sauer-geworene Vollmilch, vermisch se in'em klaane Bottisch - wenn möchlich aus Holz- met Mehl, so daß en weiche, nit-tropende Teisch entsteht. Uff Zimmertemperatur gehalte; gewinnt de Sauerteisch schnell an Aroma.

Am Morje des dritte Taaches beginnt de Hauptgang. Aus zwaa Liter Wasser (ca. 28 Grad C), Roggemehl un dem Sauerteisch werd de Vorteisch bereitet. Die Wassermeng liecht fest. Se sollt für de Vorteisch 60 Prozent de Gesamtmenge betrache. Des Mehl werd gemengt bis de Teisch zur dick Supp gewonn is, fester als de Sauerteisch.

De Vorteisch derf sich dann etwa drei Stunn ausruhe. Inzwischen kann mer die Brotkörbcher (Salatschüssel) bereitstelle (bemehle), des Salz abwieche un die Hef. Pro Liter Wasser empfehle sich 35 Gramm Salz und 30 Gramm Hef. Achtung! Beim Teisch mache Salz un Hef nit zusammenbringe.

Hot de Vorteisch drei Stunn geruht, so schütte mer des Salz in de Holzbottisch, bröckle die Hef uff aa' Seit unn kippe en Liter lauwarm Wasser dezu. Jetzt werd des Mehl drunner geknet, solang bis en feste gut-gemischte Brotteisch draus geworn is. (Etwa e'halb Stunn knete). Insgesamt brauch mer gewischtsmäßig zwaa mol so vill Mehl wie Wasser.

Is de Teisch schön glatt geknet, läßt mer en für etwa 30 Minute stehe, dann werd er in die gewünscht Größ der Brotlaibe gebrocht, rundgewerkt un in die gutbemehlte Brotforme gesetzt.

Jetzt werd de Laib reife (gare) losse. De richtige Aachblick is dann gekomme, wenn die Abwehrspannung so stark nachgelosse hot, daß e'Dell, die mer mit em Handrücke in de Brotlaib leicht eudrückt, gerad widder erauskimmt.

De Ofen werd vorher uff 220 Grad C unerhitzt vorgehitzt. Tip: Gebbe se des Brot uff e' Ofenblech mit de bemehlte Seit nach obbe - es werkt un schmeckt rustikaler. In die Vorbackhitz stelle se e'Schal met Wasser, damit genüschend Dampf vorhande is un des Brot nit allzu reißt. Nach 20 Minute Vorbackzeit nemme se des Wasser erraus un schalte de Ofen uff 200 Grad Obberhitz zurück. Jetzt lasse se des Brot knusprig backe. Mindestens 1 Stunn insgesamt im Ofen losse.

Wenns richtig gemacht werd, ist die Krust so kräftig, daß beim dageche Kloppe met de Fingerknoche von aaner ganze Hand en richtig herzhaft Klang entsteht.

Gute Appetit

Euer Frieder

Frieder

Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7
Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 26

H. P. Schröder, Habichtweg 9
W. Wahler, Pommernstraße 45
Layout und Graphik:
S. Schneider, Hessenring 38

Es grünt so grün in Nordenstadt

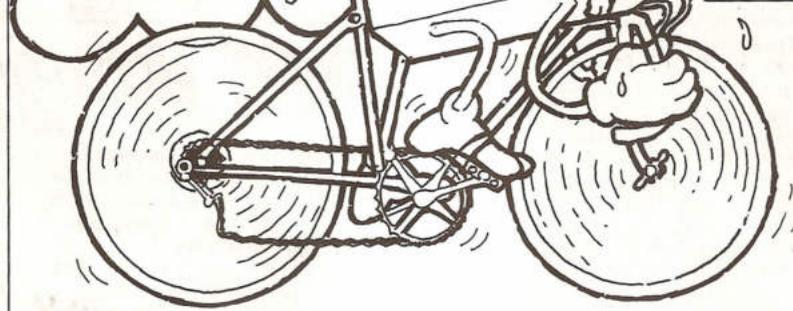
Zum diesjährigen Wettbewerb "Schöneres Wiesbaden" haben erstmals auch für Nordenstadt erfreulich viele Einzel- und Gruppeninitiativen ihre Beteiligung angemeldet.

"Mit Grün gemeinsam Ihren Wohnbezirk verschönern" wollen diesmal Aktionsgruppen in der Pomernstraße und Spessartstraße, im Gemeindezentrum und in der Raiffeisen-Bank, die Wohnungseigentümergeinschaft Hessenring-Horchheimer Straße, die Hausgemeinschaft Baum-Diebisch und der CDU-Stadtbezirksverband Wi-Nordenstadt. Natürlich ist auch der SPD-Ortsverein Wi-Nordenstadt - der sich schon seit Jahren in dieser Richtung engagiert hat - wieder dabei.

Besonders begrüßenswert ist die Teilnahme von zwei Jugendgruppen. So haben Feuerwehr-Jugend und Advent-Jugend Aktivitäten innerhalb des Jugendgruppenwettbewerbs angekündigt.

Eine Jury wird sich am 4. Juli die Arbeiten der einzelnen Gruppen in Nordenstadt ansehen und die Verschönerungen bewerten. Hoffentlich kann sich dann auch einige Preise nach Nordenstadt vergeben. Vielleicht werden dann im nächsten Jahr noch mehr Bürgerinitiativ und pflanzen Blumen, Sträucher und Bäume oder übernehmen die Pflege bereits bestehender Grünanlagen. Auch die Verbesserung von Spielplätzen und Ruheplätzen dürften lohnende Objekte sein - die Stadt hilft Ihnen dabei. K.-H.E.

"Das hab' ich von der Tour gelernt! Steig auch Du um auf's Fahrrad, Kamerad!"



Elternbeirat der Grundschule und Kindertagesstätte für Verkehrsberuhigung im Hessenring

Auf seiner Sitzung Anfang Mai befaßte sich der Ortsbeirat mit einem Antrag der FDP, des Schülereaternbeirates und des Elternbeirates der Kindertagesstätte.

Nach wiederholten Vorstößen der Elternbeiräte in Sachen Schul- und Kindergartenwegsicherung gegenüber städtischen Behörden hat man jetzt den Weg über einen Antrag im Ortsbeirat genommen. Zielrichtung des Antrages ist der nördliche Hessenring bis zur Einmündung in die Horchheimer Straße. Hier soll der Verkehr so langsam gemacht werden, daß keine ernsthafte Gefährdung der Kinder mehr möglich sein wird. Gefördert wird eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 Kilometer.

Im Bereich Eichendorfweg und Junkerstraße sollte für die Überquerung der Heerstraße geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um der Sicherheit der Schul- und Kindergartenkinder im oberen westlichen Teil Nordenstadts auch Rechnung zu tragen.

Die Initiative der Elternbeiräte fand in den Mitgliedern der Ortsbeiratsfraktion offene Ohren. In einer Besichtigung der angesprochenen Punkte will man sich ein genaues Bild machen und nach sachgerechten Lösungen suchen.

H.P.Sch.

2 Deutsche Meistertitel

Durch den Erfolg bei den Hessischen Jugendmeisterschaften 1978/79 hatte sich der Musikverein Nordenstadt die Startberechtigung zur diesjährigen Jugendmeisterschaft gesichert.

Nach intensiven Vorbereitungen startete der Musikverein am Pfingstsonntagmorgen in der Früh nach Wesel am Niederrhein, wo in diesem Jahr die Meisterschaften von dem Nordrhein-Westfälischen Landesverband der Fanfaren- und Tambourkorps ausgerichtet wurde. Nach einer Eröffnungsansprache des Bundesjugendwarts und der Begrüßung der Teilnehmer durch die Bürgermeisterin von Wesel wurden das Wertungsspiel zur 12. Deutschen Meisterschaft in der Niederrheinhalle freigegeben.

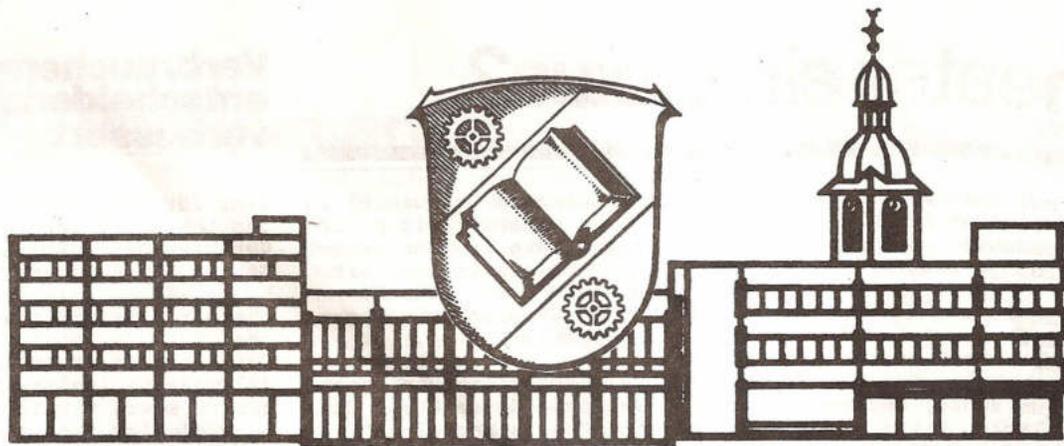
Es waren 31 Vereine in elf verschiedenen Klassen gemeldet. Dabei meldeten 16 Vereine in mehreren Klassen. Der Musikverein Nordenstadt nahm am

Wertungsspiel in der Fanfarenzug-Klasse-Modern und in der Brassband-Klasse teil. In beiden Klassen hatten insgesamt fünf Züge gemeldet. Das Wettspiel ging über zwei Durchgänge. Nordenstadt hatte in der Fanfarenzug-Klasse-Modern den ungünstigsten Startplatz Nr. 1 erwischt, konnte aber trotzdem schon nach dem ersten Durchgang auf den Zweitplatzierten mit dem Stück "Morgen's um sieben" drei zehntel Punkte gutmachen. Nach gemeinsamem Daumendrücker konnte man diesen Vorsprung im zweiten Durchgang mit "Orientalische Klänge" auf sechs Zehntel ausdehnen und der Titel war gewonnen.

Aber nicht genug. In der Brassband-Klasse lief's noch besser. Im ersten Durchgang machte der Musikverein mit dem Titel "Meldie of Love" auf den zweiten Platz sechs Zehntel gut. Im zweiten Durchgang wurde dieser Vorsprung auf den Zweitplatzierten mit "Wien bleibt Wien" noch um fünf zehntel ausgebaut. Der zweite Deutsche Meistertitel war gewonnen.

Die Freude der Spielleute über diesen doch unerwarteten Erfolg war unbeschreiblich. Alle Spielleute wie Stabführer dürfen - laut Satzung des Deutschen Bundesverbandes - nicht älter als 18 Jahre sein. Die Aufgabe des Stabführers wurde von unserem Spieler, Harald Geist, hervorragend gelöst. Zu danken ist auch allen Spielleuten und dem Ausbilder, Hans Peter Schreiber. Alle haben sich während der Vorbereitungszeit tatkräftig eingesetzt.

Die Proklamation der Deutschen Meister wurde am Abend in der Niederrheinhalle zelebriert. Die Meisterschaftsfeier fand unter Teilnahme Nordenstadter Vereine auf heimatlichem Boden statt. Am 16. Juni erklangen in der Taunushalle noch einmal die preisgekrönten Klänge - aber diesmal von Meisterhand gespielt.



NORDENSTADT-NACHRICHTEN

4. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert August/Sept 1980

+++ Nachrichten +++++ Unterhaltung +++++ Meinungen +++++ Hintergründe +++

» Als Nordenstadt noch Norschet war «

unter diesem Motto richtet in diesem Jahr der Männergesangverein "Concordia" die traditionelle "Norschter Kerb" aus.

Vom 30. August - 1. September 1980 läßt der MGV "Concordia", Nordenstadts ältester Verein, alle Bürger recht herzlich zu den Veranstaltungen der drei Kerbetage ein.

Die Kerb beginnt am Samstag, dem 30. August, mit einem Platzkonzert des Musikvereins vor dem alten Rathaus, wo sich die Kerbgesellschaft und besonders die Kinder von Nordenstadt um 19 Uhr treffen. Anstatt des üblichen Fackelzuges, der durch die Sommerzeit nicht möglich ist, wird eine bunte "Luftballonschlange" durch das abendliche Nordenstadt ziehen. Die Ballons werden am alten Rathaus an alle Zugteilnehmer ausgegeben.

Um 20 Uhr wird dann der Kerbtanz in der Taunushalle eröffnet. Auch hier hat sich der MGV bemüht, allen das Richtige zu bieten. So wird die vielseitige Kapelle "Apollos" nicht nur Egerländer Märsche sondern auch heißen Beat spielen.

Der Kerbesonntag steht ganz im Zeichen des Kerbezuges, an dem sich alle Ortsvereine beteiligen, die meisten mit mehreren Wagen. Der Kerbezug, der sich um 13 Uhr an der Taunushalle aufstellt und gegen 13,30 Uhr losmarschiert, wird folgenden Weg nehmen:

Heerstraße - Junkernstraße - Robert-Stolz-Straße - Oberpfortstraße - Holzweg - Borkestraße - Breckenheimer Weg - Wallauer Weg - Hunsrückstraße - Stolberger Straße - Rathaus, wo die Kerbered gehalten wird. Im Anschluß geht es zurück zur Taunushalle, in der ab ca. 15,30 h

bei einem Glas Bier oder einem Schlückchen Wein die Zeit gemütlich und fröhlich überbrückt werden kann, um ab 19,30 h bei richtiger "Kerbemusik" mit der Kapelle "Apollos" das Tanzbein zu schwingen.

Wie immer bietet der Juxplatz hinter der Taunushalle echtes Kerbtreiben mit Karussells und Bällen an allen Kerbetagen. Der Männergesangverein "Concordia" bemüht sich nicht nur ein echtes Volksfest auszurichten, sondern auch die Preise entsprechend volkstümlich zu halten.

Der Ausklang der Kerb ist am Montag, dem 1. September, in der Taunushalle, wo die Stimmungskapelle noch einmal zum Tanz aufspielt. Der MGV wünscht allen Mitbürgern viel Spaß und Stimmung bei der diesjährigen "Norschter Kerb".
E.Sp.

**3. Kinderfest der SPD-Nordenstadt
am Sonntag dem 7.9.80 von 14-17 Uhr**



Teilnahme ist kostenlos!

Auf dem Bolzplatz an der TAUNUSHALLE.

SPIELANGEBOTE:

Nagelbalken, Büchsenwerfen
Eierlaufen, Stelzenlauf,
Malspiele,
Kasperltheater.

ÜBERALL SIND KLEINE
PREISE ZU GEWINNEN!
Für Hungerige und Durstige
wird gesorgt!

Alle Kinder und deren
Eltern sind herzlich
eingeladen!!

Ist Theater ein Luxus?

Das Theater muß durchaus etwas Wertvolles bleiben dürfen, was freilich bedeutet, daß man für den Überfluß ja lebt."

Das Theater ist ein Luxus, den die Gesellschaft sich leisten und nicht unumstritten ist. Die Differenz zwischen dem, was das Publikum zahlt, und dem, was aus öffentlichen Mitteln draufgezahlt werden muß, ist mittlerweile so groß, daß der Wiesbadener Stadtkämmerer vor einiger Zeit einmal den wohl beliebtesten provokierenden Vorschlag machte, doch gleich den Nulltarif einzuführen; es mache unter dem Strich nicht mehr viel aus.

Wir leisten uns, auch in Wiesbaden, diesen Luxus Theater. Wofür? Für wen? In den 60er Jahren schien in dieser Frage schon das Urteil gesprochen zu sein: Theater ist für eine Schicht von Gebildeten da, für eine ohnehin schon privilegierte Minorität; es stabilisiert damit eine Kultur, die an den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung vorbeigeht. Also weg mit dem bürgerlichen Theater!? So stürmisch wird die Kritik heute nur selten noch laut. Veränderungen des bürgerlichen Theaters - gewiß. Doch hat sich auch bei vielen die Überzeugung gebildet, daß unsere Gesellschaft ärmer würde, wenn sie aufs teure Theater verzichtete, ohne daß ein gleichwertiges Neues vorhanden wäre. Es würden Möglichkeiten der Erfahrung, des Erlebens, der geistigen Auseinandersetzung abgeschnitten, die, wenn man sie richtig weiterentwickelt, auch ein Stück Widerstand gegen die Nivellierung der Gesellschaft auf reibungsloses Funktionieren und eine dazu passende problemlose Unterhaltung sein können.

Alles wieder in Ordnung? Kaum. Die Krise ist nicht überwunden. Die zuende gehende Spielzeit in Wiesbaden zeigt, welche Probleme noch zu lösen sind. Ich habe

die Produktionen im Schauspiel in dieser Saison gesehen; mit einer Schülergruppe habe ich den zweiten Teil der Spielzeit auch mit einigen Blicken hinter die Kulissen und im Gespräch mit Theaterleuten verfolgt.

Es gab viel Frustrierendes, aber auch beachtliche Neuansätze. Ein Glanzlicht: "Maria Magdalena" in einer Aufführung, die weit über Wiesbaden hinaus Aufsehen und Bewunderung erweckte und die ein Publikumserfolg war. (Leider mußte sie wegen der Erkrankung eines Darstellers dann abgesetzt werden.) Doch ist nicht die Tatsache, daß es gute und schlechte Aufführungen gab, das Kernproblem. Der neuralgische Punkt ist viel eher darin zu sehen, daß das Theater heute eine ganz neue Art der Kommunikation mit dem Publikum entwickeln muß. Es darf weder sich damit begnügen, Wünsche zu registrieren und zu erfüllen, noch drauflosspielen und sich dann über unerwünschte oder fehlende Resonanz beklagen.

Die Voraussetzungen für die Kommunikation sind noch nicht die besten. Wir haben Bereitschaft zur Diskussion, zum Einblicknehmen lassen erlebt, aber auch die Abwehrhaltung eines großen Apparates gegen die Einrede von draußen. Auch die Konsumenthaltung von Zuschauern, die ihren Unmut nicht artikulieren, sondern sich lieber in der Pause still verabschiedet, hindert solche Kommunikation. Man sollte sich davon jedoch nicht entmutigen lassen. Es ist heute eine professionelle Aufgabe des Theaters, Formen der Kommunikation mit dem potentiellen Publikum zu entwickeln, die von der Spielplangestaltung bis zur Diskussion der vorgestellten Produktionen reichen. Hier sind Ansätze gemacht worden. Sie weiter auszuarbeiten wäre kein übertriebener Luxus, sondern die Rechtfertigung des Luxus, den Theater darstellt. S.Brill

Verbraucherschutz entscheidend verbessert

Jahr für Jahr müssen Tausende mit dem Leben und Zehntausende mit Verletzungen dafür bezahlen, daß Geräte für Heim und Freizeit verkauft werden, die nicht den Sicherheitsbestimmungen entsprechen.

Waren bisher die unsicheren Haushaltsgeräte, Sport- und Bastelgeräte sowie Spielzeuge erst mal beim Händler, so konnten die zuständigen Behörden den Verkauf nicht verbieten, da nur beim Hersteller oder Einführer eingegriffen werden konnte.

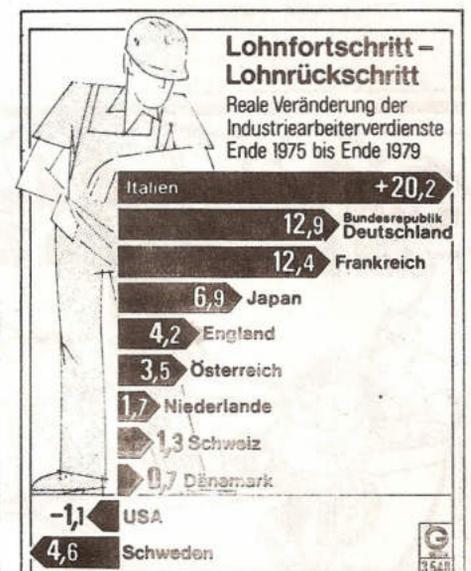
Diese unerfreuliche Lücke ist nun durch das neue Gerätesicherheitsgesetz geschlossen worden. Die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter haben jetzt die Möglichkeit, den Verkauf von unsicheren Geräten zu verhindern - auch wenn diese schon auf dem Latentisch angeboten werden. Bei der Vielzahl der Geräte sind allerdings die Behörden nicht in der Lage, nun jedes einzelne Gerät genau unter die Lupe zu nehmen. Es wäre deshalb sicherlich sehr hilfreich, wenn die Verbraucher die Arbeit der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter dadurch unterstützen würden, indem sie ihre negativen Erfahrungen mit unsicheren Geräten diesen Behörden mitteilen würden. Erfreulicherweise sind schon einige Hersteller dazu übergegangen, ihre Produkte einer gesetzlichen Prüfstelle vorzulegen ehe sie verkauft werden. Die Verbraucher können schnell erkennen, ob ihnen Sicherheit mitverkauft wird. Geprüfte Geräte tragen nämlich das Sicherheitszeichen "GS = geprüfte Sicherheit". D.M.

DGB: Wahlrecht nutzen!

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in Düsseldorf seine „Forderungen zur Bundestagswahl 1980“ vorgelegt. Der 13-Punkte-Katalog stützt sich im wesentlichen auf das „Aktionsprogramm“ des DGB und umreißt wichtige gewerkschaftliche Erwartungen an die Politiker in der Bundesrepublik Deutschland. Neu aufgenommen wurde unter dem Eindruck der gegenwärtigen weltpolitischen Situation als „Prüfstein Nr. 1“ der Punkt „Frieden, Entspannung und innere Sicherheit“. Darin wird gefordert, daß die Sicherung des Friedens vorrangiges Ziel der nationalen und internationalen Politik sein müsse. Frieden und Entspannung seien die wichtigste Voraussetzung für eine stabile Entwicklung der Weltwirtschaft sowie für sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt. Die übrigen „Prüfsteine“ umfassen das Recht auf Arbeit und gesicherte Arbeitsplätze,

Umweltschutz, Energieversorgung, menschengerechte Arbeit, Vermögensverteilung, Steuer- und Finanzpolitik, Mitbestimmung, Arbeits- und Dienstrecht, Tarifautonomie, Berufsbildung und Bildungsplanung, soziale Sicherheit, Miet- und Bodenrecht sowie Presse, Funk und Fernsehen.

In der Präambel der „DGB-Forderungen“ wird darauf verwiesen, daß die Gewerkschaften im politischen Bereich nur mittelbare Durchsetzungsmöglichkeiten besitzen. Mit ihren Forderungen und Vorschlägen an Parteien, Parlamente und Regierungen wollten sie die Arbeitnehmerinteressen in den staatlichen Willensbildungsprozeß einbringen. Der DGB erwartet, daß alle Arbeitnehmer von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und die politischen Parteien und deren Kandidaten an den Wahlprüfsteinen messen.



Die deutschen Industriearbeiter verdanken ihre gute Position vor allem der Tatsache, daß die Preise längst nicht so schnell davonliefen wie in den meisten anderen Ländern. Trotz vergleichsweise mäßiger Lohnhöhungen standen sie mit der Kaufkraft ihrer Verdienste besser da als die meisten ihrer ausländischen Kollegen.

"Die Seite des Wahlkämpfers"

Es gibt mindestens 10 gute Gründe, SPD zu wählen

1. Grund: Die SPD ist die Partei des Friedens

Jenseits von Frieden gibt es keine sinnvolle menschliche Existenz. Deshalb hat die SPD in ihrer 117jährigen Geschichte nie auf der Seite derer gestanden; die die Menschen in Konfrontation, Krieg und Zerstörung getrieben haben. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.

2. Grund: Die SPD schafft Sicherheit durch aktive Friedenspolitik

Aktive Friedenspolitik heißt Sicherheit durch Entspannung und Abrüstung auf der Grundlage des Gleichgewichts der Kräfte. Sicherheit für die Menschen in unserem Land gibt es nicht durch Konfrontation und Rückkehr zum Kalten Krieg, sondern nur durch unseren soliden Beitrag zum Bündnis und das Bemühen um die Fortsetzung der Entspannungspolitik und Zusammenarbeit auch unter erschwerten Bedingungen.

3. Grund: Die SPD stärkt den Zusammenhalt der deutschen Nation

Unsere Deutschlandpolitik dient den Menschen in beiden Staaten. Menschliche Erleichterungen, Wirtschaftsaustausch und die Sicherung der Lebensgrundlagen Berlins haben den Zusammenhalt gestärkt – gegen die in geistigen Formeln erstarrte Politik der Opposition.

4. Grund: Die SPD sichert den Frieden durch gerechten Ausgleich zwischen Nord und Süd

Es ist nicht nur ein Gebot der Moral, sondern auch der Vernunft, daß wir alles daran setzen, den krassen Gegensatz zwischen reichen und armen Ländern in der Welt abzubauen. Millionenfacher Hunger ist weltpolitischer Sprengstoff. Deshalb wollen wir mehr Ausgleich und bessere Zusammenarbeit mit der Dritten Welt.

5. Grund: Die SPD ist die Partei der arbeitenden Menschen

Die Sozialdemokratie vertritt gemeinsam mit den Gewerkschaften seit jeher die Interessen der arbeitenden Menschen. Deshalb bleibt Vollbeschäftigung das Ziel Nummer 1 unserer Wirtschaftspolitik. Der technische Wandel darf nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen. Deshalb werden wir den Schutz und die Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer ausweiten. Eine verbesserte Aus- und Weiterbildung muß die Arbeitnehmer auf den technischen Wandel vorbereiten. Wir stehen ein für Selbständige, deren Existenz als Handwerker, Kaufleute, Gewerbetreibende, Freiberufler und Landwirte auf ihre Fähigkeit zur Arbeit beruht. Wir stehen zu der politischen Verantwortung für eine aktive Strukturpolitik. Eine gesicherte Energieversorgung bleibt die Voraussetzung für unsere wirtschaftliche Existenz. Sorgsamer Umgang mit wertvollen Rohstoffen und der Schutz der natürlichen Umwelt werden immer wichtiger.



Für Wiesbaden gibt es einen guten 11. Grund: Rudi Schmitt!

6. Grund: Die SPD sichert den Frieden im Innern durch soziale Gerechtigkeit

Sicherheit für die Menschen in unserem Land gibt es nur durch die Festigung des sozialen Netzes, durch mehr Teilhabe und Gleichberechtigung, nicht durch Abbau sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen die Alterssicherung zukunftsgerecht weiterentwickeln und so für Sicherheit im Alter sorgen, besonders für die Frauen. Die SPD hat schon an der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern gearbeitet, als andere den Frauen noch das Wahlrecht vorenthalten wollten.

7. Grund: Wer morgen sicher leben will, muß heute die Zukunft gestalten

Deshalb werden wir alles daran setzen, die Wohnwelt menschlicher zu gestalten. Deshalb machen wir eine andere Verkehrspolitik. Deshalb kann sich die junge Generation auf unsere Solidarität verlassen. Und deshalb fragen wir uns, ob alles technisch Mögliche auch gesellschaftlich wünschbar ist; das gilt besonders für die neuen Medien.

8. Grund: Die SPD bleibt die Partei der Freiheit und Toleranz

Die SPD hat immer gekämpft für Freiheit von Not und Angst. Mit unserem Grundgesetz haben wir die freiheitlichste Verfassung, die es je in Deutschland gab. In dieser Freiheit haben wir uns immer wieder zu bewähren. Die SPD ist eine lebendige, diskutierende Partei mit Kraft zur Entscheidung und Geschlossenheit. Wir sind stolz darauf, daß es in unseren Reihen unterschiedliche Meinungen gibt und keine von oben verordnete Einförmigkeit.

Wir streiten für die Freiheit der Andersdenkenden und stehen gegen alle Versuche der Einschränkung des kritischen Geistes.

9. Grund: Damit unsere Gesellschaft menschlicher wird: Solidarität und Selbstverantwortung

„Wir erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann.“ Diesen Auftrag unseres Godesberger Programms nehmen wir ernst. Deshalb stehen wir gegen die Ellbogen-Gesellschaft. Denn: Gerade in schwierigen Zeiten brauchen wir mehr Solidarität. Die Zukunft unseres Landes hängt nicht allein davon ab, was der Staat für die Bürger tut, sondern mehr noch von der Bereitschaft der Bürger, etwas füreinander und für das Gemeinwesen zu leisten.

10. Grund: Bundeskanzler Helmut Schmidt

**Gehen Sie wählen.
Am 5. Oktober 80:**

SPD

Fakten für die Diskussion

Behauptung: Die Förderstufe ist eine Einheitsschule. Sie wird den unterschiedlichen Begabungen der Schüler nicht gerecht. Wir stellen fest:

Hier wird das Wort "Einheitsschule" als Diffamierung gebraucht. Dahinter steckt die völlig veraltete Auffassung, daß Kinder in drei Begabungsrichtungen einsortiert werden können: In handwerklich-praktisch Begabte (Hauptschule), in technisch-praktisch Begabte (Realschule) und in theoretisch-wissenschaftlich Begabte (Gymnasium). Und daß diese drei Schulformen den Ansprüchen aller Kinder gerecht würden. Diese Annahme ist längst überholt. Der Vielfalt der Neigungen, Fähigkeiten und Interessen von Kindern kann eine solche grobe Einteilung nicht entsprechen; dies bestätigen schon die Erfahrungen von Eltern mit ihren eigenen Kindern. Mit wachsendem Alter sind nicht die "Anlagefaktoren" des Kindes, sondern seine Lernerfahrungen immer entscheidender. Um so mehr kommt es auf die Schule an! So gesehen ist z.B. das Gymnasium viel stärker "Einheitsschule" als die Förderstufe. Viel zu früh - nämlich im 10. Lebensjahr - werden hier die Kinder nur einer Lernform, der wissenschaftlich-theoretischen Bildung, unterworfen. Wer diesem Anspruch nicht folgen kann, muß nicht "unbegabt" sein! Er wird aber in dieser Schule nicht gezielt gefördert und muß sie bei "Versagen" verlassen. Deshalb erfolgt ein Wechsel zwischen den Schulformen fast ausschließlich nach unten - in die Realschule oder Hauptschule. Ein Aufstieg ist wegen der sehr unterschiedlichen Inhalte und Arbeitsweisen immer schwerer möglich.

Die Förderstufe hingegen stellt sich bewußt auf unterschiedliche Voraussetzungen und Begabungen der Kinder ein:

- Sie bietet im gemeinsamen Unterricht Lernangebote mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad an.
- Sie trägt stärker ausgeprägten Leistungsunterschieden in einzelnen Fächern durch Kursbildung Rechnung.
- Sie macht Kindern mit von Fach zu Fach unterschiedlichen Fähigkeiten individuelle Angebote.
- Sie bietet bei Leistungsausfällen und Schwächen zusätzliche Hilfen durch Förderkurse (Stütz- und Liftkurse) an.
- Sie macht zusätzliche Angebote durch Arbeitsgemeinschaften und Neigungskurse (z.B. im Sport, Musik, Theater).

Behauptung: Das Elternrecht auf freie Schulwahl wird abgeschafft. Wir stellen fest:

Nach Grundgesetz und Hessischer Verfassung ist das "Schulwesen Sache des Staates", einschließlich der organisatorischen Gliederung der Schule und der Festlegung der Ausbildungsgänge und Unterrichtsziele. Den Eltern steht dabei grundsätzlich die freie Wahl zwischen den verschiedenen Bildungswegen, die der Staat in der Schule zur Verfügung stellt, zu. Das "Förderstufen-Urteil" des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 1972 sagt aus, daß "gegen die flächendeckende Einführung der Förderstufe in Hessen grundsätzlich keine verfassungsrechtlichen Bedenken zu erheben sind". Das heißt: Die Einführung der obligatorischen Förderstufe steht nicht im Widerspruch zum Elternrecht. Das Elternrecht wird also weder eingeschränkt noch abgeschafft!

„Für meine Kinder war die Förderstufe wichtig: sie hat sie weitergebracht.“
Randi Valérian, Wiesbaden



„Die Förderstufe für alle das ist das Ziel unserer Politik“

Von Willi Görlach, Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd

Nirgendwo in den westlichen Industrieländern werden heutzutage 10jährige nach vier gemeinsamen Grundschuljahren aussortiert in Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten. Wenigstens sechs Jahre lang gehen sie überall gemeinsam zur Schule, ob in Großbritannien oder Dänemark, ob in Frankreich oder den Niederlanden.

Überall ist man sich darüber im klaren, daß am Ende der 4. Grundschulklasse eine Empfehlung über den weiteren Bildungsweg nicht verantwortet werden kann. Wenn nämlich am Ende der 4. Klasse eine solche Empfehlung gegeben werden muß, dann fängt das Sortieren und das Schielen auf Noten schon lange vorher an. Der freie, ungezwungene Entfaltungsraum wird eingeengt, meist wird nach dem 2. Schuljahr schon gepaukt und bevor Kinder überhaupt eine Chance hatten, sich zu entfalten, werden sie unter Leistungsdruck gesetzt.

Deshalb ist und bleibt der Ausbau der Förderstufe das Fundament bei der Weiterentwicklung unseres Schulsystems in Hessen. In diesem Schuljahr besuchen rund 90.000 Schüler, das sind 60 Prozent aller Schüler des 5. und 6. Schuljahres, eine Förderstufe. Schon vor zehn Jahren wurde die Förderstufe als Regelschulform im Gesetz verankert. Ich mache mir allerdings keine Illusionen darüber, daß trotz dieser zehn Jahre alten gesetzlichen Bestimmung, die zwingend die Einrichtung von Förderstufen vorschreibt, wenn die entsprechenden personellen und fachlichen Voraussetzungen gegeben sind, in dieser Frage die CDU-regierten Schulträger den Konflikt proben werden. Die Hilfstruppen sind schon angetreten und machen landesweit mobil gegen Förderstufen für alle.

Dies alles soll und wird uns nicht unsicher machen! Wir wollen, daß die Förderstufe schrittweise ausgebaut wird und in wenigen Jahren, wenn fast alle Kinder sechs Jahre lang gemeinsam Unterricht haben werden, kann als letzter und logischer Schritt ein Abschlußgesetz vorgelegt werden. In diesem Gesetz muß der Zeitpunkt festgeschrieben werden,

Bei Licht betrachtet sieht die Praxis der vielzitierten "freien Schulwahl" folgendermaßen aus: Beim Übergang nach dem 4. Schuljahr können nur die Eltern wirklich wählen, deren Kinder die Eignung für das Gymnasium, bescheinigt durch das entsprechende Grundschulgutachten, haben. Nur sie können frei entscheiden, ob ihre Kinder in die Hauptschule, die Realschule, das Gymnasium gehen sollen. Alle anderen Eltern können keineswegs "wählen". Wenn sie ihr Kind entgegen der Empfehlung des Grundschulgutachtens in eine weiterführende Schule schicken wollen, müssen die Kinder eine Prüfung machen und die Eltern sich dem Ergebnis fügen.

zu dem es für alle Kinder im 5. und 6. Schuljahr Förderstufen in Hessen geben wird.

Zur Entscheidung über den weiteren Bildungsweg der Kinder nach Abschluß der Förderstufe am Ende des 6. Schuljahres will ich meine Position klar beschreiben: Die Eltern sollten künftig nach ausführlicher Beratung durch die Schule die volle Entscheidungsfreiheit darüber in die Hand bekommen, welche Schulform ihr Kind vom 7. Schuljahr an besucht. Nach zwei Jahren Förderstufe haben nach meiner Überzeugung die Eltern genügend Orientierungs- und Entscheidungshilfen für diese Wahl in der Hand. Die Eltern übernehmen mit dieser freien Entscheidung gleichzeitig ein hohes Maß an Verantwortung für den weiteren Bildungsweg ihres Kindes.

Wir können den Ideologen der Kampagne „Freie Schulwahl“ gelassen entgegentreten. Eltern in Hessen befürworten nach allem, was wir wissen, in der überwältigenden Mehrheit die Förderstufe und ihre Ziele. Es kommt jetzt darauf an, Alltagsprobleme zu lösen, Stundenausfälle zur Ausnahme zu machen und überall dort, wo Sand im Getriebe ist, für Abhilfe zu sorgen. Wir müssen vor Ort auch dafür um Verständnis werben, daß die Schule, und nicht nur die Förderstufe, sich immer und überall mit Alltagsschwierigkeiten herumschlagen mußte und herumschlagen muß. An der Lösung dieser Probleme werden wir weiter arbeiten müssen, und die Förderstufe als Kern und unverzichtbaren Bestandteil unserer Reformpolitik weiter ausbauen. Denn alle Kinder und ihre Eltern sollten die Chance einer zweijährigen Orientierung und Förderung nutzen können.



Radtourkarten

Nicht nur aus Energiespargründen, sondern einfach aus "Spaß an der Freud" holen immer mehr Radler ihr Fahrrad aus dem Stall. Nach ein paar zaghaften Versuchen in Nordenstadt oder um Teile Nordenstadts herum wird die Tour meist schnell ausgedehnt. Ziele in den Nachbarorten werden angesteuert. Den Kindern macht es noch mehr Spaß als den Erwachsenen, vor allem dann, wenn sie mit ihren Eltern zusammen ihre erste größere Tour bewältigen dürfen.

Wer genug geübt hat und sich fit fühlt, hat die Möglichkeit nach Plan größere Touren um Nordenstadt und in die nähere und weitere Umgebung zu unternehmen. Das hessische Landesvermessungsamt in Wiesbaden gibt topologische Karten heraus, auf denen Radwanderwege angegeben sind.

Beispielsweise enthält das Blatt L 5916 den Radwanderweg Nr. 9, der von Nordenstadt nach Delkenheim - Massenheim - Wicker - Flörsheim - Hochheim und zurück nach Nordenstadt führt. Für Kletterer und Trimm-Dich-Freunde gibt es Touren mit erhöhtem Schwierigkeitsgrad; so findet sich in Blatt L 5914 der Radwanderweg Nr. 10 von Nordenstadt nach Auringen - Heßloch - Naurod - Auringen - Nordenstadt.

Außerdem sind Routenbeschreibungen, Denkmäler, Aussichtspunkte und Freizeiteinrichtungen - wie zum Beispiel Grillplätze - eingezeichnet. Diese Karten sind in jeder Buchhandlung oder beim hessischen Landesvermessungsamt direkt zum Preis von 5 Mark zu beziehen.

E. Sp.



Kinderhort Nordenstadt — fünf Jahre Elterninitiative

Der Nordenstadter Kinderhort, eine Einrichtung, die das Werk einer Elterninitiative ist, hat vor fünf Jahren zu Beginn des Schuljahres 1975 seinen Betrieb aufgenommen.

Vorher hatten einige Eltern eine Bedarfsermittlung durchgeführt. Das Ergebnis zeigte, daß in der schon damals stark gewachsenen Gemeinde ein Kinderhort vonnöten war.

Es gab zwar einen kommunalen und einen kirchlichen Kindergarten mit Ganztagsbetreuung, aber für die Schulkinder stand keine entsprechende Einrichtung zur Verfügung. Die Elterninitiative beugte sich nicht damit dies festzustellen, sie beschloß - nachdem sich sonst niemand bereit fand - selbst die Voraussetzungen für die Einrichtung eines Hortes zu schaffen. Ein Trägerverein wurde gegründet. Zu Beginn des Jahres 1975 begann der "Kinderhort Nordenstadt e.V." mit seiner vorbereitenden Arbeit. Räume wurden gefurden, die Finanzierung dank eines Zuschusses der Gemeinde gesichert und eine geeignete Fachkraft eingestellt.

Natürlich gab es in dieser Zeit eine Menge Schwierigkeiten. Es kam zu Auseinandersetzungen und es gab Versuche von Einflußnahmen. Die Verwaltung und die Gemeindevorteiler mußten überzeugt werden.

Doch schließlich wurde durch den Einsatz und die Opferbereitschaft der engagierten Eltern alle Anfangsprobleme überwunden und der Kinderhort Nordenstadt e.V. konnte seine eigentliche Arbeit - die Betreuung der Schulkinder - aufnehmen.

Am 11. August hat der Kinderhort seine Pforten in der Taunushalle wieder geöffnet. Die Kinder wurden diesmal von einer Erzieherin in Empfang genommen, nachdem sie jahrelang von einem männlichen Erzieher zu ihrer Zufriedenheit betreut wurden. Dieser frühzeitige Personalwechsel gewährleistet nachher einen nahtlosen Übergang in der Betreuung der Hortgruppe beim Wechsel der jetzigen Einrichtung zur noch im Bau befindlichen städtischen Kindertagesstätte. Die Erzieherin wird die Kinder auch nach der Eröffnung der neuen Einrichtung, die für den Spätherbst erwartet wird, dort weiterbetreuen.

Ab diesem Zeitpunkt kann der "Kinderhort Nordenstadt e.V." seine Aufgabe als erfüllt betrachten, die aus der Sicht des Vorstandes darin bestand, eine Einrichtung für die Betreuung schulpflichtiger Kinder solange zur Verfügung zu stellen, bis die Kommune in der Lage ist, dies selbst zu tun. Der Vorsitzende des Trägervereins, Karl-Heinz Eischer, möchte an dieser Stelle all jenen, die zur Erfüllung dieser Aufgabe beigetragen haben, recht herzlich danken.

Anmeldungen für einen Hortplatz sind an den Kinderhort in der Taunushalle, Tel. 4300 (Frau Schreiber) zu richten.

K.-H. E.

"De Kerbeborsch"

In diesem Joer is unser Schorsch Ausgewählt fern Kerbeborsch. Sei! Daache weiß er schon Bescheid un hot sichgach schon vorbereitet. En Frack, e'Hos mit Streife dro', E Liz am Hemd, Gammascheschuh, De Zylinderhut uff Glanz gebutzt, Die Socke rot, die Hoor gestutzt. So steht er immerzu vorm Spichel Er werd es garnit leid s'gebichel Die Hose hadde Messerfalte, De Schlupf werd efter oogehalte. Die Nas die werd ganz rot geschminkt, gesprüht, gepudert, daß es stinkt. En Schurrbart will er wachse losse; Er wächst net richtig, s'bleibe Sprosse.

Die Spitze dreht er in Gedanke, uffwärts zu em Bart em schlanke. Die Bartbinn legt er schon bei's Bett, Allaa'de Bart, der will noch net. Es is e'Pracht mit unserm Schorsch, mee, so en scheene Kerbeborsch.

Ob Mutter, Vadder, Hund un Katz, Kaa'Zeit mehr hot er vor sein Schutz. Die Oma fängt schon an zu klaache: Er vergißt sogar, gun Dach, zu saache Sei Auto tut er net mehr wasche; Es Geld verschimmelt in de Dasche. Die Stammtischrunde tut er meide, Beim Esse die Kartoffel schneide. Die Hobotes werden ausgelosse, der Klauene Bruder mißt sei Bosse, Es fehlt sein Witz im weite Rund, Es heeßt: de Schorsch is net mehr gesund.

Sogar des Tennis läßt er sause, Mit'em Mofa durch die Gegend krause. Und selbst mit'em Fußball is es Schluß, Es sorgt sich Mannschaft un de Tus. Des Leid nimmt zu, doch wächst die Freud,

Denn an de Kerb ihr liebe Leut Is unser Schorsch die Hauptperson Un die Opfer wer'n zum Lohn Wenn alle rufen dann: De Schorsch, Is des kaan scheene Kerbeborsch?

Des ganze Haus steht uff'em Kopp, Die Schlafstubb hat er jetzt im Schopp, De Fernseher bleibt am Abend aus, Statt dessen holt er'n Bleistift raus.

Un sitzt an seiner Kerberedd Noch bis um zwölf Uhr nachts im Bett. Er reimt un dichtet, schreibt un streicht;

Bei Gott, es fällt ihm garnet leicht. Mol paßt des Wort net an die Stell, Mol find sich so en Reim net schnell. Mol ist en Satz zu lang geworde Mol fehle ihm die richtige Worte. Er sitzt un schwitzt un denkt debei, Ach, tät doch erst die Kerb do sei! Vergessen is dann alle Mü, Ich steh'da oben uff de Bühn, Un ruf es in die Welt hinaus, Ihr Leut s'is Kerb! Kommt alle raus! Gefeiert werd in unserm Ort Es gibt nur ein hochheilig Wort: Es tönt durch's Ländche uff und ab S'is Kerb im scheene Nordenstadt Hört zu ihr Mädche un ihr Borsch! Das stot de Schorsch, de Kerbeborsch.

Friedler

Ärztliche Versorgung wird verbessert

Rund um das Gemeindezentrum, in dem bereits eine Arztpraxis und eine Zahnarztpraxis sowie die Nordenstadter Apotheke untergebracht sind, entstehen zur Zeit weitere Räume für Ärzte. Ausgehend von einer Initiative des Leiters der Ortsverwaltung werden zur Zeit unmittelbar gegenüber dem Gemeindezentrum Räume für 4 Arztpraxen geschaffen. In diese Räume sollen nach den Vorstellungen des Bauherrn hauptsächlich Fachärzte einziehen. Dadurch soll die Versorgung der Nordenstadter Bevölkerung in medizinischer Hinsicht erheblich verbessert werden. Zum jetzigen Zeitpunkt steht fest, dass ein in Nordenstadt ansässiger praktischer Arzt seine Praxis nach dort verlegen wird. Ein Frauenarzt hat auch zugesagt. Über die Verwendung der beiden anderen Arztpraxen besteht noch keine völlige Klarheit. Im Gespräch sind ein Kinderarzt, ein Zahnarzt oder ein weiterer Zahnarzt.

Neben diesen Arztpraxen in und um das Gemeindezentrum praktizieren noch in Nordenstadt ein weiterer Internist, Dr. Makki, Wacholderstr. 9, ein weiterer Zahnarzt, Dr. Hommel, Siemensstr. 2 und ein Heilpraktiker, W. Eisenhauer, Teisigweg 1.

Entsprechend dem Willen der Nordenstadter Bürgervertretung wird durch die Baumaßnahme die Mittelpunktfunktion des Gemeindezentrums erheblich gestärkt. Die guten Eisverbindungen aus Richtung Erbenheim, Wallau, Delkenheim, Massenheim und Wicker sowie auch aus weiter entfernt liegenden Bereichen des Nordenstadter Ortsgebietes machen es auch älteren Menschen möglich, die Einrichtungen im und um das Gemeindezentrum zu erreichen. Nur für Fachärzte oft erforderliche größere Einzugsbereich ist mit nahezu 30 Tausend Einwohnern gut gegeben.



Aktion Schöneres Wiesbaden

Seit der Eingliederung der Gemeinde Nordenstadt in die Landeshauptstadt Wiesbaden am 1. Januar 1977 fand jetzt zum vierten Mal die Bewertung der Aktion "Schöneres Wiesbaden" statt.

Bürger und Verwaltung haben dazu beigetragen, daß in diesem Jahr Nordenstadt das beste Ergebnis der bisherigen Bewertungen erzielen konnte. In der Gruppe III, der jeweils nach ihrer Lage eingeordneten Wiesbadener Stadtbezirke, konnte Nordenstadt einen 5. Platz erreichen, wofür allen, die ihren Teil zu diesem Erfolg beigetragen haben, an dieser Stelle herzlich gedankt sei.

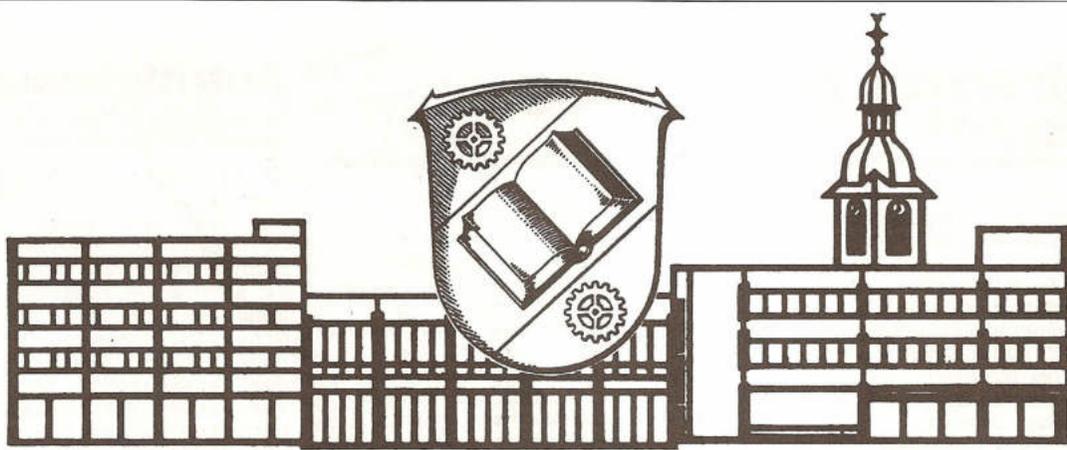
Den wohl größten Erfolg erreichte bei den Initiativen im Rahmen der Aktion "Jugend für Schöneres Wiesbaden" die Jugendfeuerwehr Wiesbaden-Nordenstadt. Dem Feuerwehrynachwuchs gelang es,

mit der Errichtung und Pflege des öffentlichen Spiel- und Ruheplatzes neben der Raiffeisenbank den 1. Platz unter allen Wiesbadener Jugendinitiativen zu erzielen.

In den Gruppenwettbewerben konnten sich vier Nordenstadter Initiativen platzieren. Einen 9. Platz erreichte die Aktionsgruppe "Pommernstraße" für Pflanzung und Pflege von Straßenzäumen, einen 10. Platz die Aktionsgruppe "Wohnungseigentümergeinschaft Hessenring/nordheimer Straße" für die Verschönerung des Siedlungsgrüns, einen 11. Platz die Aktionsgruppe "Spessartstraße" für Pflege von Grünflächen in der Spessartstraße und einen 12. Platz der SPD-Ortsverein Nordenstadt für die Bepflanzung und Pflege von mehreren Blumenkübeln im Ortsbereich.



Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
 Presserechtlich verantwortlich:
 Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7
 Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 28
 H. P. Schröder, Habichtweg 9
 W. Wahler, Pommernstraße 45
 Layout und Graphik:
 S. Schneider, Hessenring 38



NORDENSTADT-NACHRICHTEN

4. Jahrgang **Die SPD Nordenstadt informiert** Okt./Nov. 1980

+++ Nachrichten ++++ Unterhaltung ++++ Meinungen ++++ Hintergründe +++

► SPD wieder vorn ◀

Der Bundestag ist gewählt. Die sozialliberale Koalition hat klar gesiegt. In den Medien wurde ausführlich berichtet und kommentiert. Wir möchten uns nicht in die Schar der Deuter einreihen, die aus Zahlen Wählermotive hervorzaubern, sondern nur einen neugierigen und nachdenklichen Blick auf Nordenstadt werfen. (In Klammern die Zahlen für Wiesbaden insgesamt).

	Erststimmen	Zweitstimmen
SPD	48,6 (48,5)	42,9 (44,9)
CDU	40,3 (40,9)	39,1 (39,6)
FDP	8,8 (8,3)	16,3 (13,2)

Die Grünen blieben unter 2 %. Alle anderen Parteien weit unter 1 %.

Vergleicht man das Nordenstädter Ergebnis mit dem des gesamten Wahlkreises, fällt auf, daß bei den Erststimmen die Abweichungen nur gering sind - bei allen Parteien. Bei der Wahl des Direktkandidaten haben die Wähler in Nordenstadt sich nicht anders verhalten als die Gesamtheit und so zu dem eindrucksvollen Sieg des SPD-Kandidaten Rudi Schmitt beigetragen.

Anders sieht es bei den Zweitstimmen aus. Es wird deutlich, daß die Wähler in Nordenstadt überdurchschnittlich häufig von der Möglichkeit des "Stimmen-Splittings" Gebrauch gemacht haben: Sie stimmten etwa für den Direktkandidaten der SPD, aber für die Landesliste der FDP.

Was können die Zahlen sonst noch aussagen?

Sowohl nach Erst- als auch nach Zweitstimmen ist die SPD in Nordenstadt wieder stärkste Partei.

Die CDU, die bei der Bundestagswahl 1976, bei der Kommunalwahl 1977 und bei der Landtagswahl 1978 vorne lag, ist wieder auf Platz 2 (wie schon bei der Europawahl 1979). Doch diese Vergleiche mit früheren Wahlen sind fragwürdig, denn die Struktur hat sich seit 1976 viel stärker als anderswo verändert. Zum Beleg: 1976 gab es in Nordenstadt rund 2500 Wahlberechtigte, 1980 sind es fast 4400 gewesen. Solche Veränderungen können sich natürlich auf das Wahlverhalten auswirken, Kräfteverhältnisse verändern.

Nur: ob das wirklich der Fall war, wissen wir noch nicht. Die Zahlen allein bleiben stumm. Nach den Erststimmen sind die Nordenstädter sozusagen ganz durchschnittliche Wiesbadener. Nach den Zweitstimmen tendieren sie stärker als der Durchschnitt zur FDP.

Im Hinblick auf die Kommunalwahlen im März kommenden Jahres wird es wichtig sein, im Gespräch mit den Bürgern ihre politischen Intentionen und ihre Verhältnisse zu den Parteien besser kennenzulernen.

S.B.

Vertragsbruch?

Das geht uns alle an:
Der Wasserpreis

In unserer Juni-Ausgabe berichteten wir ausführlich über die Absicht des Magistrats, den Wasserpreis für Nordenstadt anzuheben. Nach Auffassung des Innenministers sollte eine Anhebung auf das Wiesbadener Niveau erfolgen. Das bedeutet eine Verdoppelung des bisherigen Wasserpreises. Im Eingemeindungsvertrag zwischen Nordenstadt und Wiesbaden wurde jedoch ausdrücklich festgeschrieben, daß der Wasserpreis nur so weit steigen darf wie er steigen würde, wenn Nordenstadt selbständig geblieben wäre. Das wäre derzeit ein Wasserpreis von maximal 1,40 DM und nicht 2,10 oder wie man munkeln hört sogar 2.20DM/cbm. Obwohl er seine Genehmigung für den Eingemeindungsvertrag gegeben hatte, drängt der Hessische Minister des Innern auf Anhebung des Wasserpreises zum 1.1.1981, und zwar auf Wiesbadener Niveau. Wir meinen, der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung müssen auf Einhaltung des Eingemeindungsvertrages bestehen und notfalls gegen eine anderslautende Entscheidung des Innenministers klagen.

WW

Lieber Leser,

wir bedauern sehr, daß die Druckschrift der vorangegangenen Ausgabe nicht dem entsprach, was Sie sonst von unserer Zeitung gewohnt sind. Manche Artikel waren nicht mehr zu lesen. Als besonders schlimm empfanden wir, daß das "Kerbedicht" unseres Frieders - mit viel Liebe verfaßt - total verstümmelt war. Leider war die Druckvorlage so schlecht, daß vom Druck her, sich nicht mehr herausholen ließ. Ein Aufschieben des Erscheinungstermins war nicht möglich, wollten wir das "Kerbe-Programm" des Männergesangsvereins noch rechtzeitig zur Nordenstädter "Kerb" veröffentlichen. Deshalb entschlossen wir uns - zwar schweren Herzens - die August/September-Ausgabe so zu bringen wie Sie sie erhalten haben. Wir bitten Sie um Entschuldigung.

Die Redaktion

P.S.: An die Frieder-Sammler!

"De Kerbeborsch" von unserem Frieder wird zur "Kerb" im nächsten Jahr neu aufgelegt.

Wohnstraßen, Besiedlung der Zukunft

Nun ist es endlich möglich geworden, verkehrsberuhigte Zonen zur Verbesserung des Wohnumfeldes auch bei uns einzurichten. Wie dies aussehen kann, zeigt zum Beispiel eine Broschüre "Wohnstraßen der Zukunft", herausgegeben vom Bundesminister für Raumordnung und Städtebau, Dr. Dieter Haack. Die Idee ist, Straßen durch ihren optischen Eindruck in einen Wohnraum zu verwandeln, indem ein ungefährdetes Spielen der Kinder ermöglicht und nachbarliche Begegnung erleichtert werden.

Verkehrsberuhigte Straßen sind grundsätzlich nur von Anliegern zu befahren. Parkende Autos stehen nicht mehr parallel zur Straßenführung, sie parken winklig und im Wechsel links und rechts. Hindernisse - wie Bäume, Blumenkästen- und optisch verschiedene Querbefestigung bewirken die Umwandlung einer schnellen geraden Verkehrsführung in eine langsame menschenfreundliche Schikane. Der Autofahrer wird ständig durch den optischen Eindruck psychologisch gebremst. Kinder sind beim Spielen nahezu absolut sicher.

Das Spiel, das so wichtig ist für das Kind, für seine Entwicklung und das von der Natur so stark gefordert wird, ver setzt nicht mehr in das ständige Gefühl, etwas Unrechtes zu tun. So stärkt Spielen das Bewußtsein. Es schafft klare saubere Vorstellungen von Recht und Unrecht, Orientierungsstärke. Die gegenseitige Achtung wächst und Toleranz wird nicht als die Freiheit verstanden, dem Anderen Schaden zuzufügen.



In Holland kennt man diese Wohnstraßen schon lange und Großversuche in der Bundesrepublik zeigen ähnlich positive Ergebnisse. Wohnstraßen besitzen Atmosphäre, sie wirken der Isolation entgegen, bauen Schwellen und Hemmnisse ab und fördern die nachbarliche Begegnung. Sie weisen einen Weg in die Zukunft - zurück zu einer menschlichen Gesellschaft.

H.P.Sch.

Startbahn West

Verdoppelung des Fluglärms in Nordenstadt

Die Startbahn 18 West und damit der weitere Ausbau des Frankfurter Flughafens bringt für die Wiesbadener Bürger eine zusätzliche Belastung durch Fluglärm von rd. 100 %.

Wie ist die heutige Situation am Frankfurter Flughafen?

Trotz leiserer Jets ist keine Reduzierung des Fluglärms eingetreten, weil durch eine Steigerung des Flugbetriebes die Lärmbelastung insgesamt nicht merklich abgenommen hat. Der Jahresbericht 79 der Fluglärmüberwachung weist dies eindeutig aus.

Durch den Ausbau der Startbahn 18 West würde auf einen Schlag die Kapazität des Flughafens erweitert und damit eine Steigerung der Flugbewegungen stattfinden, die durch technische Lösungen (leisere Triebwerke) nicht kompensiert werden können; ist dies der Bevölkerung in Nordenstadt zuzumuten?

Am stärksten betroffen durch Fluglärm im Wiesbadener Bereich sind die neu eingemeindeten Vororte Auringen, Medenbach, Naurod, Breckenheim, Delkenheim und Nordenstadt.

Es ist aus dieser Sicht notwendig, auch von Wiesbadener Seite sich gegen eine Erhöhung der Flugbewegungen durch den Rhein-Main-Flughafen auszusprechen, die durch den Bau der Startbahn 18 West stattfinden würde. Nur durch das Einfrieren der Start- und Landemöglichkeiten am Frankfurter Flughafen kann langfristig eine Fluglärm-entlastung für die ganze Region erreicht werden, zumal eine Kapazitätssteigerung schon durch den Bau von größeren Flugmaschinen erreicht wird.

Die Wiesbadener Gemeindevertretung kann auch im Interesse der östlichen Vororte von Wiesbaden, die die Hauptlast des Fluglärms zu tragen haben, einer Ausweitung des Flugplatzes nicht zustimmen, wenn sie die Interessen ihrer Bürger wahrnehmen will.

D.M. -

Antrittsbesuch

Wiesbadens OB macht Antrittsbesuch in Nordenstadt

Am 12. Sept. 80, sechs Monate nach seinem Amtsantritt, kam der neue Wiesbadener Oberbürgermeister, Georg-Berndt Oschatz, nach Nordenstadt. Vor Ort wollte er sich über Einrichtungen, Besonderheiten und Probleme unseres Ortes informieren. Seine Gesprächspartner waren Mitglieder des Ortsbeirates und der Ortsverwaltung Nordenstadt. Die Parteien hatten vorab dem OB, wie gewünscht, die Themen mitgeteilt, die sie vordringlich zur Sprache bringen wollten. Die von der SPD vorgeschlagenen Punkte waren unter anderem:

- Zukünftige Verkehrsführung - Verlegung des Autobahnan schlusses - Anschluß des Wohngebietes "Am Igstadter Weg" an die Stadtverbindungsstraßen nach Erbenheim bzw. Igstadt.
- Kinderfreundliche Änderungen in Nordenstadt durch verkehrsberuhigte Zonen, Ausbau von innerörtlichen Fuß- und Radfahrwegen (auch Schulwege).
- Polizeiliche Versorgung in Nordenstadt - Beibehaltung der Polizeistelle Erbenheim nach Fertigstellung des Polizeireviere Bierstadt.
- Verbesserung des öffentlichen Grüns - Ausbau der Grünflächen gegenüber dem Gemeindezentrum/der Schule.
- Zweiter Bauabschnitt der Sport- und Freizeitanlage am Igstadter Weg (durch Eingliederungsvertrag vorgesehen für 1980)
- Schaffung eines Grillplatzes und Ausweisung eines Freizeitgeländes "Am Wickerbach" für Nordenstadt und Breckenheim.
- Ausweisung einer Kleingartenanlage
- Ausweisung einer Fläche für eine Kleintierzuchtanlage, Ankauf der Fläche durch die Stadt und Verpachtung an den Kleintierzuchtverein Nordenstadt.
- Schaffung von Vereinsräumen im städtischen Anwesen Geisbergweg 5.
- Fluglärm a) sind Auswirkungen für Nordenstadt zu befürchten, wenn die Startbahn "West" gebaut wird?
b) Wie beurteilt der OB die Chance, die Stationierung von Großhubschraubern auf dem Flugplatz Erbenheim zu verhindern?
- Zukünftige Festsetzung des Wasserpreises.
(Ist die Stadt Wiesbaden gewillt den Eingliederungsvertrag einzuhalten oder wird der Wasserpreis zum 1.1.81 auf 2.20 DM/cbm festgesetzt.)

Der Eindruck, den der Oberbürgermeister vom Ortstermin mitnahm, war durchweg positiv. Die angesprochenen Probleme wurden von ihm als reale Bedürfnisse Nordenstadts anerkannt, und nicht als übertriebene Forderungen angesehen. Wir werden in der Zukunft verfolgen müssen, wie in Wiesbaden auf Nordenstadts Probleme eingegangen wird.

W.Sp.

KAISERWETTER...

... so nannte man früher diese herrlich sonnendurchfluteten Tage. Und solches "Kaiserwetter" war dem bereits traditionell zu nennenden SPD-Kinderfest am 7. September beschert.

Bereits zur Mittagszeit, als die Veranstalter anfangen, Tische und Bänke, Sonnenschirme und die verschiedenen Spielstände aufzubauen, kamen schon die ersten neugierigen Kinder und wollten wissen, wann es denn nun endlich los ginge.

Um 14 Uhr ging's dann auch los und die Kinder hatten ganz offensichtlich wieder ihren Spaß daran. Egal ob's an der Wurfbude oder am Luft-

ballonschießstand war, ob beim Wasserschöpf-Wettbewerb oder beim Sonntagsmalen - die Kinder standen dichtgedrängt und warteten auch geduldig bis sie an der Reihe waren. Überall gab es kleine Preise zu gewinnen und am Schluß sah man so manch einen mit vollgefüllter Hosentasche rumlaufen.

Hausgebackener Kuchen, Kaffee und Limos wurden angeboten und reichlich verzehrt.

Höhepunkt des Nachmittags war aber sicher die Verlosung eines beleuchtbaren Globus und einiger Kinderbücher. 100 Lose hatten die Veranstalter für die Verteilung vorge-

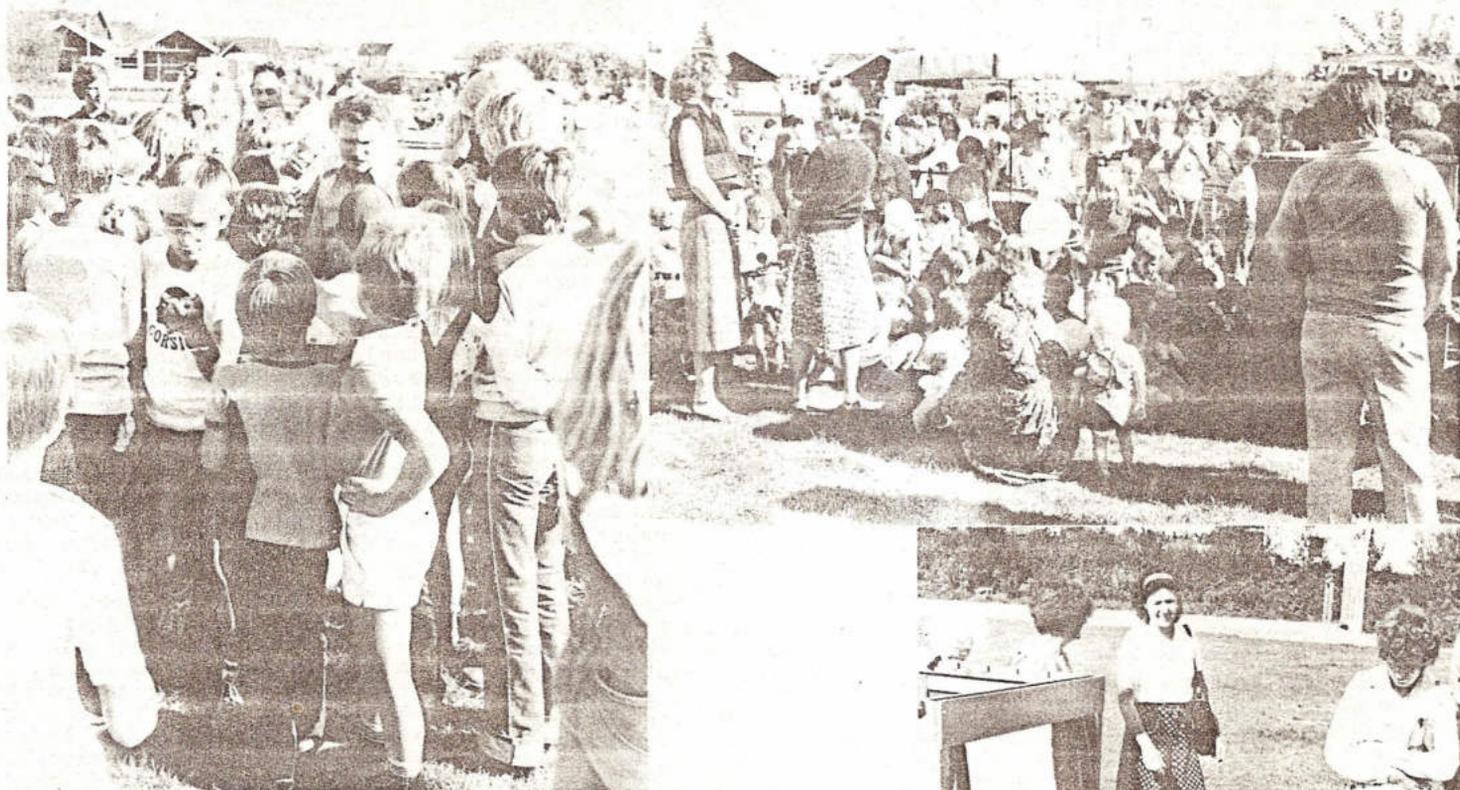
sehen. Und trotzdem waren es noch zu wenig. Es waren weit mehr Kinder gekommen und so mußten schon von vornherein einige mit Ersatzpreisen "getröstet" werden.

Die 11-jährige Anja Schröfl hatte das große Los gezogen. Stolz und glücklich konnte sie mit dem Globus nach Hause gehen.

Der Kuchen war alle, die Preise waren weg, die Kinder zufrieden, die Veranstalter froh und erschöpft - so konnte das Fest kurz nach 17 Uhr erfolgreich beendet werden.

All jenen, die Spaß dran hatten, sei gesagt, im nächsten Jahr gibt's wieder ein Kinderfest.

K.K.



ABSCHIED AUS BONN

Pfarrer HORST KROCKERT wieder in seiner Gemeinde

Horst Krockert, seit 1969 SPD-MdB für den Wahlkreis Wiesbaden, kehrt nach drei Bundestagswahlperioden in seinen Beruf als evangelischer Pfarrer zurück. Er macht Platz für Rudi Schmitt, Wiesbadens langjähriger Oberbürgermeister, dem er die Kandidatur für die Wahl am 5. Oktober 1980 gern übergeben hat. Er sagt: "Schon seit zwei Jahrzehnten entscheiden sich die Wiesbadener für einen sozialdemokratischen Wahlkreisabgeordneten. Rudi Schmitt ist bestimmt der richtige Kandidat, damit es auch künftig dabei bleiben kann."

Wie sieht Horst Krockert im Rückblick die elf Jahre seiner parlamentarischen Arbeit in Bonn? "Es war eine erfüllte Zeit," sagt er, "politisch und menschlich voller Spannungen. Die sozialliberale Koalition hat im letzten Jahrzehnt wichtige Veränderungen eingeleitet, innenpolitisch und nach außen. Es will schon etwas heißen, daran mitgewirkt zu haben!"

Mandat auf Zeit

Jetzt will Pfarrer Krockert die Verantwortung wieder aus der Hand geben. Er hatte nie vor, Berufspolitiker auf Lebenszeit zu bleiben. Drei Wahlperioden, findet er, sind genug. "Jedenfalls für mich. Jeder muß selber wissen, wie lange er sich den besonderen Belastungen dieser politischen Arbeit aussetzen kann!" In einem kürzlich erschienen Taschenbuch (rororo - aktuell 4644) schreibt er, wie er darüber denkt: "Ich halte es auch generell für richtiger, das Bundestagsmandat als eine Sache auf Zeit anzusehen... Der Abgeordnete hört nach einigen Jahren unausweichlich auf, ein Volksvertreter zu sein! Weil er als Polit-Profi nicht mehr so recht zum Volk gehört. Und wenn er sich auf noch so vielen Volksfesten begrüßen läßt."



Wohnungspolitischer SPD-Sprecher

Horst Krockert hat in der Städtebau- und Wohnungspolitik und in der Strafrechtsreform der SPD-FDP-Koalition maßgeblich mitgewirkt. Nachdem seine Fraktion ihm den Vorsitz der Arbeitsgruppe Städte- und Wohnungsbau anvertraut hatte, hat er sich ganz auf diesen Politikbereich konzentriert. Seine Handschrift ist vor allem im Städtebauförderungsgesetz von 1971 erkennbar, nach dem auch die Sanierung des Wiesbadener Bergkirchengebietes gefördert wird; sein ganz persönlicher Beitrag ist die Einführung von Vorschriften zur Beteiligung der Bürger in der städtebaulichen Planung. Krockerts "Bürgerbeteiligung" wurde 1976 auch ins allgemeine Bundesbaugesetz übernommen und soll künftig auch für die Verkehrsplanung vorgesehen werden. "So habe ich nämlich Demokratie verstanden", sagt Krockert; "jeder soll, soweit irgend möglich, an den Entscheidungen beteiligt werden, von denen er betroffen wird." Weitere Höhepunkte waren für ihn die Schaffung des Sozialen Mietrechts und die Verbesserung des Wohngeldgesetzes.

Kein "Angepöbelter"

Horst Krockert war nicht gerade ein "bequemes" Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion. Das Wohlwollen der Prominenz hat er nie gesucht. Es gab öfter Situationen, in denen der Wiesbadener Abgeordnete quer zur Meinung der Fraktionsmehrheit lag. Zuletzt glaubte er, sich in der Frage der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer der Fraktionsentscheidung nicht beugen zu können. An Herbert Wehner schrieb er: "Das halte ich für schlimm, aber für das kleinere Übel... Ich halte es politisch und moralisch nicht für vertretbar, eine Gewissensprüfung als politischen Willen der SPD zu präsentieren".

Krockert war aber kein "linker Dauer-Rebell". In dem schon erwähnten Taschenbuch "Hoffen, zweifeln, abstimmen" schildert er auf sehr lebendige Weise, welche schwierigen und an die Nerven gehenden Auseinandersetzungen über ein Abstimmungsverhalten ihn und andere in Atem hielten. Warum hast Du damals im Plenum dem Steueränderungsgesetz zugestimmt, anders als einige Deiner Freunde? In seinem Buch-Beitrag "Liebe Katja. Briefe an eine frühere Mitarbeiterin" antwortet Horst Krockert: "Das Gewissen ist eine Abwägungs-Instanz. Da gehört aber mehr hinein als nur die Frage, ob ich hier als moralische Jungfrau wieder rauskomme. Zum Beispiel: ob ich den möglichen Bruch dieser Koalition - mit allen absehbaren Folgen - verantworten will, und vor wem!" Freilich - je öfter es zu solchen Situationen kommt, desto "lustloser" stehen sich die Koalitionspartner gegenüber. Krockert hält das Gewissen des Volksvertreters nicht für unbegrenzt strapazierbar.

Rückkehr ins Pfarramt

Horst Krockert ist 1924 geboren, in Berlin aufgewachsen und 1948 aus der Kriegsgefangenschaft nach Wiesbaden gekommen. Vor der Wahl in den Bundestag war er Studienleiter an Theologischen Seminaren und Leiter des landeskirchlichen Amtes für Industriearbeit. Ab 1951 will er als Gemeindepfarrer in Wiesbaden arbeiten. Er freut sich darauf, wieder "näher dran" zu sein am Leben und Denken der Menschen, als dies in der Isolierung parlamentarischer Ausschüsse möglich ist.

Gibt es Dinge, die er gern hinter sich läßt? Aber gewiß: "...mich nicht mehr rechtfertigen müssen, daß ich so selten in der Zeitung vorkomme; mich nicht besonders vor Wahlen als Bessermacher, Bessermacher und Klügerredner um jeden Preis darstellen müssen; Schwäche oder Ratlosigkeit nicht verstecken müssen wie eine Pestbeule..." und noch einiges mehr, schreibt er in seinen "Briefen an Katja".

Ein Buch-Hinweis

Hoffen, zweifeln, abstimmen, Herausgegeben von Hugo Brandt KdB, rororo-Taschenbuch Nr 4644 (DM 5,80) mit Berichten von 14 Abgeordneten, die alle 1969 das erste Mal gewählt wurden. Horst Krockerts sehr persönlich gehaltenen Beitrag: "Liebe Katja. Briefe an eine frühere Mitarbeiterin".

Nehmt endlich Rücksicht!

Seit dem 1. August 1980 ist die Straßenverkehrsordnung geändert. Das Herausragende der Änderung ist, es muß mehr Rücksicht auf nicht - motorisierte - Verkehrsteilnehmer genommen werden, im Besonderen auf ältere Menschen und Kinder. In Wohngebieten ist erhöhte Vorsicht geboten und die Geschwindigkeit ist bei verminderter Übersicht stark herabzusetzen.

Trotzdem ist immer noch zu beobachten, wie manche Autofahrer - in unverantwortlicher Weise - durch Nordenstadter Straßen rasen, die von Schulwegen gekreuzt werden, häufig auf einer Seite von parkenden Autos zugestellt sind, hinter denen jeden Augenblick ein Kind herausgelaufen kommen könnte.

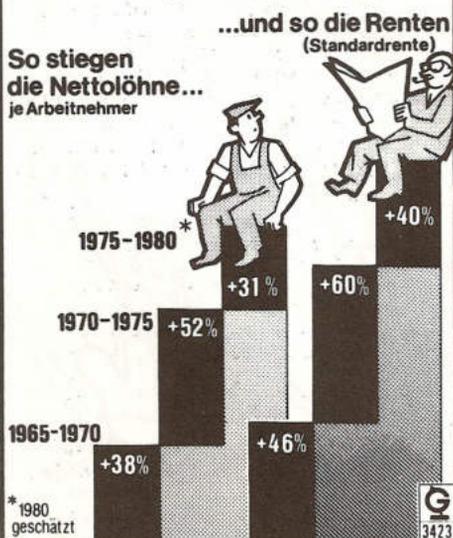
Ein solches Verhalten zeugt von einer grenzenlosen Menschenverachtung und ist nicht durch Gedankenlosigkeit zu rechtfertigen oder durch irgendetwas zu entschuldigen.

Gesetze werden von Menschen gemacht und notwendig, wegen einiger, die in Ermangelung eigenen Rechtsempfindens Schranken verantwortungslos übertreten. Gesetze sind aber auch in ihrer Notwendigkeit Bestandteile derzeitiger Gesellschaften und zeichnen deshalb mit an unserem Gesichtsbild für nachfolgende Generationen. Ein vernünftiges Verhalten aller Verkehrsteilnehmer hätte bestimmt manche Punkte der geänderten Straßenverkehrsordnung überflüssig gemacht. Es bleibt zu hoffen, daß auch bei dem unvernünftigen Rest bald die Verantwortung für den Anderen wächst.

H.P.Sch. -

Wie vorangekommen?

So stiegen die Nettolöhne... je Arbeitnehmer



Unterm Strich ist bei den Einkommenssteigerungen der letzten Jahre für die Rentner in der Bundesrepublik mehr herausgekommen als für die Arbeitnehmer. Ein Vergleich zwischen Nettolöhnen und Renten zeigt das ganz deutlich.



De weiße Elefant zeucht weiße Spatze, so berichte es die Medie.

De Andrang uff Biblis wächst, so manch Hausfrau erhofft sich dort ihrn Teint zu verbessern. Die Bauplätz um Biblis sinn baal ausverkaaft.

Des Gecheteil von dem, was sich die Gchner von de Offelechung der Spatzege-schichte erwartet hadde, is eigetrete. Endlich widder des Darwin'sche Gesetz de Ausles uff Mensche aawende, is des erklärte Ziel. Bessere - hellerre Mensche zu erzeuche dorch Verännerung in de Erbanlaach der Generatione is kaan Traum mehr. Was bisher de Schwarzwaldregion mit ihrer erhöhte Höhenstrahlung vorbehalte wor, läßt sich heutzutach für jeden Lokalpatriot leicht dorch moderne Technik verwerkliche. Bald reißt sich jeder klaane Ortsverein um e' eichenes klaanes Kernkraftwerk oder e' Zwisch-laacher, von de Endlaacherung ganz se schweiche.

Schon mancher Ministerpräsident hot de Reiz de Sache schon längst erkennt. E' klaa Hähme de annern gecheüber läßt sich ebbe uff Dauer nit verberche. Doch fern is de Zar un des Reich is groß. Uns is de Rock näher als de Hut uff de Stang. Mache mer Nüchel mit Köpp, bevor uns vielleicht (Isedt) Igstadt zuvorkimmt. De Etat is beschränkt un Mittel wern nor aamool vergebbe. Wir fordern en weiße Elefant für Norschet un donebe e' Widderuffbereitungsanlaache, aach uff die Gefahr hie, daß mer uff e' Kompaktlaacher verzichte müsse.

Es muß taachhell wern bei uns, selbst bei Nacht. Die Lichter gehe nit aus, mer mache se aus, denn mer brauch se nit mehr. Met Hilfe de Abwärm losse sich Zitrone un Oroche ziehe un sozial is, jedem sei Banane-staut. Da wern selbst die Ananaszüchter in Alaska vor Neid erblassse. Die Ölscheichs losse mer dorch unsere Hunde vom Hof jache, wenn se mit ihrem Öl hausiern komme. Statt teurem Solarium gibts teures Nuklearium un die Karies in de Zäh bleibt aach aus. Selbst die Haarwaschmittel wern überflüssig un die Tourismusindustrie hot nor noch mit Norschet se tu. Die Startbahn West muß zur Landebahn erklärt wern, domit unsre Besucher von de Bahamas deutsche Komfort nit vermisse.

Mein Gott - warum sin mer do nit früher druff komme, beinah hätte mer de Goldrausch nor gestreift un die annern nor hätt's voll getroffen. Abber noch is Zeit. Die Schemel stehe schon bereit. Aach Elefante losse sich melke. Des Problem is nor noch de Aamer uff die Laater se schaffe. Norschter vereinigt euch un zeichts dem Rest de Welt.

En gute
Euer Frieder

Frieder

Wer ein Fernglas nimmt, sich auf den Boltzplatz oberhalb der Taunushalle begibt und in Richtung Süden schaut, sieht die Kühltürme des größten Kernkraftwerkes der Welt im Original. Die Erdkrümmung reicht nicht aus, um sie zu verstecken. Direkte Sicht heißt direkt betroffen. Also müssen wir darüber reden. Unser Frieder hat seinen Beitrag bereit abgeliefert. (Anm.d.Red.)

Mit gutem Beispiel voran...

gehen die 28 Jungen und Mädchen der Klasse 4c der Nordenstadter Grundschule. Am 14. November wollen sie auf dem neuen Schulgelände in einem feierlichen Akt eine Eiche pflanzen. Mit viel Eifer waren sie an den Vorbereitungen beteiligt. Da galt es, Verhandlungen mit dem Gartenbauamt zu führen. Da mußten Überlegungen angestellt werden, welcher Baum zu pflanzen sei. Ursprünglich sollte es in Anknüpfung an die zahlreichen Ulmen, die früher an der ehemaligen Nordenstadter Stadtmauer zu bewundern waren, auch ein solcher Baum sein. Aus den Beratungen mit dem Gartenbauamt aber ging hervor, daß diese Bäume aufgrund der rätselhaften Ulmenkrankheit wenig Überlebenschancen hätten. So kamen die Kinder auf die gute alte Eiche zurück!

Am 14. November um 14.30 Uhr findet die Eiche-Pflanzung statt. Die Kinder aus der Klasse 4c wollen zusammen mit ihrer Lehrerin, Frau Schaarschmidt, und hoffentlich viel interessierten Eltern und Nordenstadter Bürgern ihre gute Idee in die Tat umsetzen.

NACHAHMENSWERT

Einen guten Einfall hatte die Verwaltung einer Gemeinde im letzten Winter. Wie der Presse zu entnehmen war, stellte sie den Sand der öffentlichen Spielplätze den Bürgern als Streugut zur Verfügung. Doppelter Nutzen: Keine Umweltschäden durch Salz, welches trotz Verbotes noch immer verwendet wird, so wie kostenlose Abfuhr von Spiel-sand, welcher im Frühjahr sowieso erneuert werden muß.

WW

Herausgeber: SPD- Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7

Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 26
H. P. Schröder, Habichtweg 9
W. Wahler, Pommernstraße 45

Layout und Graphik:

S. Schneider, Hessenring 38

St. Martin

Am Dienstag, dem 11. November findet wieder der schon traditionelle Martinszug statt. Er steht wie jedes Jahr unter der Schirmherrschaft des Carneval- und Brauchtumsvereins Nordenstadt. Treffpunkt ist die Grundschule. Aufstellung wird um 17.30 Uhr genommen. Alle Kinder sind eingeladen, Laternen nicht vergessen! Ein St. Martin hoch zu Roß wird den Zug anführen, der seinen Weg von der Schulstraße über die Stolberger Straße bis zur Heerstraße, die Heerstraße entlang, die Friedhofstraße durch, die Mozart Straße entlang und Junkerstraße herunter zurück zur Heerstraße nimmt. Dann geht es zum "Festplatz" hinter der Taunushalle, wo ein Martins Feuer entzündet wird.

Pfarrer Tiemayer erzählt die Geschichte des heiligen Martin und die Laternenkinder singen gemeinsam mit ihren Eltern. Zum Abschluß erhält jedes Laternenkind wieder einen Martins Weck geschenkt.
-H.P.Sch.-

Eltern müssen weiter warten

Die Eröffnung der zweiten kommunalen Kindertagesstätte in Nordenstadt verzögert sich. Nach früheren Planungen des Magistrats sollte die neue Einrichtung im Dezember 1980 ihre Pforten für die Kinder auf den Wartelisten öffnen. Nach den neuesten Angaben wird dies nun aber nicht vor März 1981 der Fall sein. Die Ursachen für die Verzögerung sind nicht so leicht auszumachen. Der verantwortliche Architekt meint, der Baufortgang würde im großen und ganzen der Zeitplanung entsprechen. Danach soll Ende Oktober der Einbau von Fenstern und Türen erfolgen, die Anfang November verglast sein sollen. Als Termin der Baufertigstellung wird vom Architekten der 31.1.81 genannt, zu diesem Zeitpunkt soll das Gebäude dem Jugendamt übergeben werden. Nach den Worten des Amtsleiters dieser Fachbehörde sind dann nochmals sechs bis acht Wochen erforderlich, um Einrichtung und Personal den künftigen Aufgaben entsprechend vorzubereiten zu können.

Die wichtigste Voraussetzung für den späteren Betrieb, die Anstellung der zehn hauptamtlichen Mitarbeiter scheint jedoch mit unvorhergesehenen Schwierigkeiten verbunden zu sein. Wie uns bekannt wurde, will der Personalrat, aus Gründen die nur indirekt mit der Tagesstätte in Nordenstadt zu tun haben, seine Zustimmung zu den erforderlichen Anstellungen verweigern. Hier scheint eine Klärung durch die verantwortlichen Gremien dringend notwendig damit die neue Einrichtung nach ihrer Fertigstellung den von vielen Nordenstadter Eltern schnellst erwarteten Betrieb aufnehmen kann.
K.-H.E.

Tag der offenen Tür

Der erste Bauabschnitt zur Erweiterung der Grundschule sieht seiner Fertigstellung entgegen. An einem Samstagmorgen im Dezember soll das Ereignis mit einem "Tag der offenen Tür" gebührend begangen werden. In den neuen Räumen werden die Kinder Arbeiten aus dem Schulalltag zeigen, auch einige Schülerdarbietungen sind vorgesehen.
E.Sp.

